

DIE WIENER POLIZEI



REFORM:

AUS LVT WIRD LSE

Foto: Bernhard Eibe

DIE POLIZEICHEFS IN WIEN (8): PETER EDLER VON MUTH – EIN TREUER DIENER METTERNICHS

BLACKOUT:

Wie gewährleistet werden kann, dass die Polizei bei einem längeren Stromausfall handlungsfähig bleibt

CYBERCRIME:

Wie Betrüger und Erpresser im Cyber-Raum ihre Opfer durch „Pig-Butchering“ ausschachten

DROGENKONSUM:

Cannabis ist illegales Suchtmittel Nummer eins, bei Alkohol gilt Österreich als „Hochkonsumland“



STAATSSCHUTZ:

Drei Bereiche haben Vorrang im neuen Landesamt Staatsschutz und Extremismusbekämpfung: Prävention, Implementierung von Staatsschutzsensoren und Ermittlungen im Cyberraum



BLACKOUT:

In einem Handbuch zur Blackout-Vorsorge wird ein Leitfa- den gegeben, um bei einem längeren großflächigen Stromausfall den Dienstbetrieb der Polizei aufrechterhalten zu können



DROGENKONSUM:

Legale und illegale Drogen spielen eine konstant große Rolle im Leben der Menschen in Österreich – von neuen Nikotin- produkten über synthetische Cannabinoide bis hin zu Kokain

INTERN

4 Editorial

MAGAZIN

7 Magazin: Master-Abschluss in Wr. Neustadt

8 Polizeiseelsorge: „Ihr Begleiter“!

9 **MENSCHLICH:** Erholung mit Trash-TV?

SICHERHEIT & POLIZEI IN WIEN

10 Aus dem Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung wurde das Landesamt Staatsschutz und Extremismusbekämpfung

16 „Robuster Raumschutz“: Angehörige der Einsatz- einheit absolvierten die Grundausbildung in der Wiener Maria-Theresien-Kaserne

20 Hilfe für die Seele: Was unterscheidet eine Psychiaterin von einem Neurologen, von einem Psychologen oder einer Psychotherapeutin?

24 Blackout-Vorsorge: Wie kann bei einem längeren großflächigen Stromausfall der Dienstbetrieb in der Wiener Polizei aufrechterhalten bleiben?

32 Brand hinter Gittern: Wie die Justizwache im Brandfall reagiert und wie sie Ausbrüche aus der Haft verhindert bzw. mit der Polizei kooperiert

38 Der „Landesweite Kommandant vor Ort“ (LKvO) ist bei komplexen Einsatzlagen der „verlängerte Arm“ des Offiziers vom Dienst vor Ort

KRIMINALITÄT

40 „Pig-Butchering“ (Schweineschlachten): Wie Betrüger und Erpresser ihre Opfer online mit künstlicher Intelligenz finanziell ausschlachten

44 Antisemitismus: Junge Menschen aus einem türkisch- oder arabischsprachigen Land halten antisemitische Aussagen oft für zutreffend

46 Drogenkonsum: Cannabis ist das am häufigsten konsumierte illegale Suchtmittel und Österreich bleibt „Hochkonsumland“ für den Alkohol

50 Cyber-Kriminalität: Phishing ist Risikofaktor Nummer eins für die Cyber-Sicherheit der Unternehmen in Österreich

POLIZEIGESCHICHTE

52 Die Polizeichefs in Wien (Teil 8: 1845–1848): Polizeioberdirektor Peter Edler von Muth

HANDVERLESENES

56 Die Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW) warnt vor Meinungsmanipulation und einer Gefahr für die Demokratie

SCHLUSSLICHT

58 Geschichtliches, Stilblüten, Zitate, Impressum

**Sehr geehrte Leserin,
sehr geehrter Leser!**



Seine Stichschutzweste hat einem jungen Kollegen am 24. Mai 2024 das Leben gerettet. Er war von einem Mann mit einem Messer in Wien Favoriten in der Keplergasse angegriffen worden. Körperlich hat er die Tat gut überstanden – dank des ballistischen Gilets. Doch wie sieht es in ihm aus? Der Angriff auf das eigene Leben geht wohl an niemandem spurlos vorüber. Wir leben im Alltag in der Gewissheit, unser Leben im Griff zu haben, und alles, was um uns passiert, unter Kontrolle bekommen zu können. Wenn es dann einmal anders kommt, ist das Urvertrauen erschüttert.

Noch vor Jahren waren viele der Meinung, Polizistinnen und Polizisten haben eine „starke Natur“ und brauchen keine psychologische Unterstützung. Das hat sich Gott sei Dank geändert und die Polizei ist zu einer der Organisationen geworden, die einen modernen, unaufgeregtten Zugang zum Thema Psyche bekommen haben. Mit dem Peer-Support und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Psychologischen Dienstes sowie mit dem Verweis auf den spezialisierten niedergelassenen Bereich ist für die Polizei in Österreich ein Sicherheitsnetz geknüpft worden. Damit sind wir in der Lage, Polizistinnen und Polizisten nach traumatisierenden Einsätzen aufzufangen. In dieser Ausgabe finden Sie im Artikel „Wenn die Seele Hilfe braucht“ eine Aufklärung darüber, welche Berufsgruppen es gibt in der Psychologie, der Psychiatrie, Neurologie und in der Psychotherapie und wo welche Hilfe angeboten wird.

Als Polizistinnen und Polizisten ist es unsere Kernaufgabe, dafür zu sorgen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner sowie die Gäste unserer Stadt sicher und unbeschwert leben können. Angriffe auf ihre Sicherheit dürfen wir nicht dulden. Genauso wenig dürfen wir es dulden, dass wir selbst zum Ziel von Angriffen werden. Anschläge wie jener auf unseren Kollegen in Favoriten oder die Messerattacke eine Woche danach, wo in Mannheim in Deutschland ein Polizist durch Messerstiche in den Kopfbereich ermordet wurde, sind Warnzeichen für uns. Wenn Polizistinnen und Polizisten angegriffen werden, sind wir an einem Punkt angelangt, wo wir keinen Millimeter zurückschreiten dürfen. Wenn wir gerechtfertigterweise gesellschaftlichen Entwicklungen entgegengetreten, werden wir seitens des Dienstgebers jede Unterstützung erfahren, die wir brauchen. Wir haben aber auch jeden Rückhalt in der Bevölkerung und in der Politik.

Ich wünsche dem jungen Kollegen, der in Favoriten verletzt worden ist, auch hier alles Gute. Ich hoffe mit ihm und wünsche ihm, dass sich die Folgen für seine Psyche in Grenzen halten und die seelischen Verwundungen genauso heilen wie seine körperlichen Verletzungen.

Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, bitte ich, auf sich aufzupassen. Der Satz „auf die Eigensicherung Bedacht nehmen“ darf nie zur überhörbaren Routine werden. Er sollte Alarmglocke und Aufmerksamkeitsauslöser sein.

Gesellschaftliche Entwicklungen kann nie die Polizei alleine lösen. Wir sind daher bestrebt, mit allen Teilen der Bevölkerung in unserer Stadt den Kontakt zu suchen und Probleme zu lösen, soweit es in unserer Macht steht. Es braucht aber gesamtgesellschaftliche Anstrengungen, die Dinge wieder ins Lot bringen.

*Beste Grüße
Dr. Gerhard Pürstl
Landespolizeipräsident*

DIE POLIZEI IN WIEN



Dietmar Berger, Josef Kerbl, Stefan Drandijski (BMI), Michael Gobold, Rudolf König, Matthias Hawlena, Gerhard Karner, Thomas Maier, Karlheinz Dudek, Franz Eigner

STRATEGISCHES SICHERHEITSMANAGEMENT

Vier Polizisten der Landespolizeidirektion Wien feierten am 27. Juni 2024 ihren Masterabschluss an der Fachhochschule Wiener Neustadt. Den Wiener Absolventen Michael Gobold (SPK 8), Rudolf König (ASE – PDHE), Matthias Hawlena (LKA – Ast Nord) und Thomas Maier (Büro A1) gratulierten Innenminister Mag. Gerhard Karner, der Wiener Polizeivizepräsident Mag. Franz Eigner und Generalmajor Karlheinz Dudek, MA, Vorstand des Büros Organisation, Strategie und Dienstvollzug, sowie vom Landeskriminalamt Josef Kerbl, BA MA und Dietmar Berger, BA MA.

Der Masterstudiengang „Strategisches Sicherheitsmanagement“ an der Fachhochschule Wiener Neustadt ist auf die Bedürfnisse von Spitzenführern im Sicherheitsbereich zugeschnitten. Über vier Semester hinweg werden die Teilnehmenden berufs begleitend und in Blockform in Bereichen ausgebildet, wie Strategie, Sicherheit, Management und Recht. Zudem verleiht der Masterstudiengang den Teilnehmenden wissenschaftliche Kompetenzen. Die Absolventen profitieren von einem umfassenden, praxisorientierten Wissen.

SOZIALES WOHNZIMMER IN MEIDLING

Das Meidlinger Platzl wurde am 26. Juni 2024 zum „Sozialen Wohnzimmer“. An dem Straßenfest beteiligte sich auch die Polizei. An einem gemeinsamen Info-Stand konnten sich Meidlingerinnen und zu Meidlinger über Sicherheits- und Polizei-Themen informieren. Das Referat für Diversität war mit Informationen in mehreren

Sprachen vertreten, und zwar zu den Aufgaben der Polizei, dem Jugendschutzgesetz, Gleichbehandlung, gewaltfreies Miteinander sowie zur Online-Diebstahlsanzeige und zu verschiedenen Angeboten der Kooperationspartner des Referats. Beamtinnen und Beamten von GEMEINSAM.SICHER informierten über die Projekte der Initiative.

GEMEINSAM.SICHER
in Österreich

Fotos:LPD Wien

POLIZEI IN WIEN

NACHT DER FILMMUSIK

Der Arkadenhof des Wiener Rathauses wurde am 24. Juni 2024 zur musikalischen Bühne. Das Orchester der Polizeimusic Wien unter der Leitung von Herbert Klinger und Stefan Gottwald entführte die Zuhörer in die Welt der Filmmusik. Zum 23. Mal organisierte das *Kuratorium Polizei-*



Filmmusik, interpretiert vom Orchester der Polizeimusic Wien

musik Wien diese Veranstaltung bei freiem Eintritt. Dargeboten wurden Melodien aus „Robin Hood“, „Gladiator“, „Schindlers Liste“, „Braveheart“ und der „Rocky Horror Picture Show“.

Die „Nacht der Filmmusik“ war nicht nur ein Highlight für Filmmusikfans, sie zeigte auch das musikalische Können der Wiener Polizeimusic. Neben der „Nacht der Filmmusik“ stehen weitere Veranstaltungen der Polizeimusic Wien bevor:

Tag der Wiener Polizei in der Rossauer Kaserne am Samstag, 21. September 2024

Kalenderpräsentation auf der Wiener Wiesen am Mittwoch, 2. Oktober 2024



Das Publikum war begeistert



SEELSORGE

IHR BEGLEITER IN LEBENSHERAUS- FORDERUNGEN

„Es ist keine Schwäche, Hilfe anzunehmen; vielmehr zeigt es wahre Stärke.“

Mit diesem Leitsatz vor Augen, seid begrüßt, werte Kolleginnen und Kollegen!

Polizeiseelsorger. Mein Name ist Daniel Smeritschnig, und es ist mir eine Freude, Sie fortan als Polizeiseelsorger in Wien begleiten zu dürfen. Vor 14 Jahren zog ich aus dem idyllischen Vorarlberg in die lebendige Stadt Wien, wo ich seither zu Hause bin. Der Vorarlberger Dialekt ist mir dabei schon ein wenig abhandengekommen.

Meine berufliche Leidenschaft liegt in der Forschung, insbesondere darin, die Ursachen von Kriminalität zu erforschen. Doch ebenso wichtig ist mir die Seelsorge – ein Bereich, der mir sehr am Herzen liegt. Es geht darum, Menschen in schwierigen Lebenssituationen zuzuhören und sie zu unterstützen.

Mehr als nur Kirche. Für mich ist Seelsorge mehr als nur Kirche oder Institution. Sie stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Es geht um Sie, um mich und um uns.

Die Entscheidung, Unterstützung zu suchen, zeigt innere Stärke – das ist meine feste Überzeugung.

Innere Stärke. Mit diesem festen Glauben stehe ich als Wiener Polizeiseelsorger den Einheiten in der Rossauer Kaserne zur Seite sowie den Kolleginnen und Kollegen im 10. Wiener Gemeindebezirk. Ich lade Sie herzlich ein, unser

Angebot der katholischen Polizeiseelsorge zu nutzen.

Vertrauliche Gespräche Wir bieten Ihnen mitunter vertrauliche Gespräche an, sei es bei privaten oder dienstlichen Herausforderungen oder einer Mischung aus beidem.

Meine Kolleginnen und Kollegen sowie ich selbst sind jederzeit für Sie da. Ein Umdenken in Bezug auf die Annahme psychologischer Hilfe findet bereits statt: Es ist heute völlig in Ordnung, bei Belastungen und Herausforderungen Hilfe anzunehmen.

Zuhörend und unterstützend begleite ich Sie, wann immer Sie es brauchen und wann immer Sie es wollen und für Sie in Ordnung ist.

Alles Gute und ich freue mich auf jede Begegnung mit Ihnen.

*Ihr Daniel Smeritschnig
Daniel.smeritschnig@
katholischekirche.at*



MENSCH & ICH
**ERHOLUNG MIT
 „TRASH-TV“?**

Sommerzeit ist Urlaubszeit und Zeit für Erholung und Entspannung. Jetzt denken Sie vermutlich an eine Hängematte im Garten oder ein kühles Getränk am Strand. Oder aber Sie denken an Ihren neuen Fernseher und einen gemütlichen Serienmarathon zu Hause auf der Couch.

Kann das tatsächlich Entspannung sein? Ich gestehe, dass ich zu jener Bevölkerungsgruppe gehöre, die sehr gut vor dem Fernseher entspannen kann – je nachdem welche Sendung läuft. Zum Entspannen eignen sich wissenschaftliche Beiträge oder Dokus eher weniger; besser eignen sich die sogenannten

„Trash-“ und „Reality“-Serien und -Formate. Diese liefern seichte Unterhaltung mit teils skurrilen Darstellerinnen und Darstellern, die stark polarisierende Aussagen tätigen. Die Aufnahmen stammen aus fernen Ländern oder werden in unnatürlichen Situationen gedreht, wodurch man als Zuschauerin oder Zuschauer schnell aus dem Alltagstrott gerissen wird. Weil das alles sehr weit weg ist und nicht der Norm entspricht, nimmt man das Gesehene nicht so ernst und kann darüber lachen.

In amerikanischen Berichten wird sogar erwähnt, dass sich derartige TV-Formate besonders gut zum Abschalten und Entspannen eignen und sich positiv auf den Alltag auswirken. Und scheinbar gibt es auch noch einen positiven Effekt auf das Sozialverhalten.

Das Gesehene wird nämlich gerne mit anderen besprochen bzw. geteilt und so wird die Zahl der Sozialkontakte gesteigert. Im Freundeskreis oder auch

in der Arbeit entsteht dann ein „Wir-Gefühl“. Kritisch sei angemerkt, dass das Verhalten der „Stars“ vom Publikum oft ungefiltert und unreflektiert übernommen und als normal angesehen wird, was durchaus zu einem verzerrten Weltbild führen kann.

Schütteln die einen also den Kopf darüber, was bei diesen Sendungen geboten wird und verweigern strikt, ihre Lebenszeit mit solchen TV-Formaten zu vergeuden, so beschwören die anderen den Unterhaltungswert und sind Folge für Folge mit Eifer dabei.

Wenn es entspannt, gönnen wir uns doch diese Unterhaltung in behutsamen Dosen und tauchen wir hie und da in eine Fantasiewelt ein. Denn nicht jeder Sommertag hat Sonne zu bieten und Urlaub und Erholung findet man nicht immer nur in fernen Ländern, sondern manchmal einfach auf der Couch im Wohnzimmer. Schönen Sommer!

Angelika Schäffer-Fischill

Unpartei

Die Reform der Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung hat im Jänner 2024 begonnen. Aus dem Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT) wurde das LSE, das Landesamt Staatsschutz und Extremismusbekämpfung.

Im Zuge der Verfassungsschutzreform steht eine Neuausrichtung der *Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE)*, der ehemaligen *Landesämter Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (LVT)*, auf dem Programm. Während mit der Trennung von Staatsschutz und Nachrichtendienst auf Bundesebene eine tiefgreifende Umstrukturierung erfolgt ist, sind die Änderungen in den Ländern weniger markant.

„Die im Jänner 2024 begonnene Reform der Landesämter Staatsschutz

beobachtet, wo im öffentlichen Raum Brennpunkte entstehen könnten. Analysen, Gefährdungseinschätzungen und Lagebilder werden erstellt und aktualisiert, um zielgerichtete Maßnahmen setzen zu können.

Für Personen, die in der Jugendarbeit der Stadt Wien tätig sind, zum Beispiel Streetworker, gibt es spezielle Schulungen. Diesbezüglich war bereits das LVT Wien aktiv; so gab es nach dem Terroranschlag in Wien am 2. November 2020 einen Workshop, in dem Informationen über die Ideologie des Attentäters, mit dem IS verbundene

Drei Bereiche mit Priorität: Prävention, Implementierung von Staatsschutzsensoren und Intensivierung der Ermittlungen im Cyberraum

und Extremismusbekämpfung räumt drei Bereichen Priorität ein: der Prävention, der Implementierung von sogenannten Staatsschutzsensoren und der Intensivierung der Ermittlungen im Cyberraum“, erklärt Hofrat Mag. Harald Köllner, Leiter des LSE Wien.

In der Prävention arbeitet das LSE eng mit der Stadt Wien zusammen und

Symbole und äußerliche Merkmale von IS-Sympathisanten vermittelt wurden.

Präventionsvorträge in Wiener Brennpunktschulen. Derzeit halten Mitarbeiter des LSE Wien Präventionsvorträge in Brennpunktschulen und informieren sich dabei über die von



Der Terroranschlag vom 2. November 2020 hat

den Schülern vertretenen Ideologien. In Zukunft ist auch Präventionsarbeit in Jugendzentren geplant. „Viele Jugendliche wissen gar nicht, dass sie sich strafbar machen, wenn sie gewisse Inhalte posten oder teilen. Wir klären sie darüber auf, was verboten ist“, sagt Köllner.

isch und objektiv



...t eine Reihe von Veränderungen im Staatsschutz und in der Bekämpfung des Extremismus und Terrorismus gebracht

Bei den Staatsschutzsensoren, die es bereits vor der Reform gegeben hat, handelt es sich um Beamte aus den Stadtpolizeikommanden, die weiterhin ihren regulären Dienst in ihrer Dienststelle versehen. Sie werden zu verfassungsschutzrelevanten Themen geschult, etwa im Erkennen von verbote-

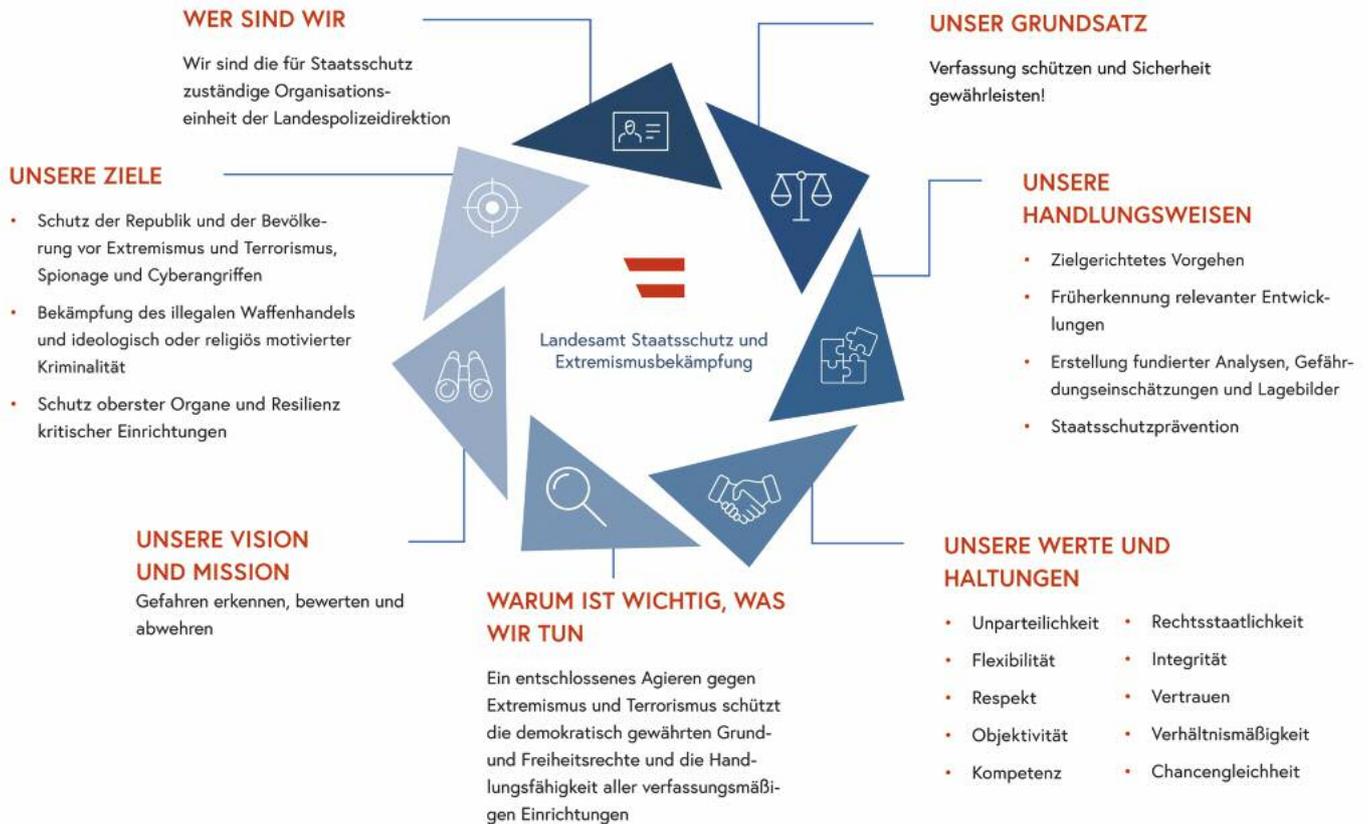
nen Symbolen nach dem Abzeichengesetz. „Die Staatsschutzsensoren sind die Augen und Ohren des LSE in den Bezirken“, erläutert Köllner. „Sie kennen die Menschen in ihrem Rayon und wissen, wo es Probleme gibt.“

Zur Intensivierung der Ermittlungen im Cyberraum wurden zusätzliche

IT-Sachbearbeiter eingestellt – ausschließlich Angehörige der Polizei. Sie führen im Vorfeld von internationalen Konferenzen, Großveranstaltungen oder großen Demonstrationen OSINT-Recherchen durch. Datenträger, die die Polizei in Ermittlungen sichergestellt hat, werden in Zusammenarbeit

LEITBILD

Landesamt Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE)



Leitbild des Landesamts Staatsschutz und Extremismusbekämpfung in der Landespolizeidirektion Wien

mit der DSN, vereinzelt mit dem Cyber-Crime-Competence-Center (C4) des Bundeskriminalamts, ausgewertet.

Extremismus. Im Fokus des LSE steht Extremismus in allen Formen. Köllner betont den Stellenwert der Unparteilichkeit und Objektivität: „Niemand kann uns vorwerfen, dass wir uns mit gewissen Bereichen weniger befassen. Wir bearbeiten alles auf der Basis der Gesetze.“

Seit dem Terroranschlag in Wien geht man in der Bundeshauptstadt von einer latenten Bedrohungslage aus. Bei Großveranstaltungen erstellt die *Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN)* eine Gefährdungseinschätzung, die vom LSE Wien ergänzt wird.

Als eine der Bedrohungen stuft Köllner derzeit den islamistischen Ex-



Harald Köllner: „Fehler dürfen wir uns keine leisten, weil es zum Beispiel bei der Verhinderung von Terroranschlägen um Menschenleben geht.“

tremismus ein. Speziell bei Einzeltätern, die sich radikalisieren, aber nicht auffällig werden, sei die Planung eines Anschlags nur schwer vorherzusehen. Einen Nährboden für islamistischen Extremismus bildet auch nationalistisches Gedankengut, das nach Österreich zugewanderte Familien mitbringen und nicht ablegen.

Auf Übersetzung angewiesen. Im Kontakt mit Personen, die schlecht oder gar nicht Deutsch sprechen, ist das LSE auf Übersetzer angewiesen. Das ist laut Köllner durch die Veränderung der Migrationsbewegungen immer häufiger der Fall: „Wir haben zwar junge Kollegen mit Migrationshintergrund vom Balkan oder aus der Türkei, aber kaum jemanden aus dem arabischen Raum.“ Daher wird meist mit vertrauenswürdigen Dolmetschern ge-

arbeitet. In heiklen Fällen kommen zwei Übersetzer zum Einsatz. Übersetzungsprogramme sind in Erprobung.

Unter Beobachtung. Rechtsextremistische Gruppierungen stehen laufend unter Beobachtung durch die DSN und die *Landesämter Staatsschutz und Extremismusbekämpfung*. Wiederholt konnten bei Hausdurchsuchungen verbotene rechtsextreme Symbole, Waffen und Munition sichergestellt werden. Ermittlungen zielen auch darauf ab, bisher noch nicht bekannte Personen aus dem rechtsextremen Spektrum ausfindig zu machen.

Auch Linksextremismus stellt in Österreich eine der Bedrohungen dar. Im strafbaren Bereich bewegen sich Personen, die dieser Szene angehören, wenn sie Delikte begehen wie Körperverletzung oder Sachbeschädigung. Bei radikalen Klimaschutzaktivisten ist nicht das Ziel des Klimaschutzes extremistisch, sondern die Art, wie dieses verfolgt wird. „Sie wollen den Staat zwingen, dass er ihre Forderungen erfüllt“, sagt Köllner. „Man muss beobachten, ob sie sich weiter radikalisieren, wenn sie mit den bisherigen Mitteln keinen Erfolg haben.“

Die Zielsetzungen des LSE sind im Leitbild festgehalten. Österreich und seine Bevölkerung sollen vor Extremismus, Terrorismus, Spionage und Cyberangriffen geschützt werden, was den Schutz der obersten Organe des Staates und kritischer Einrichtungen wie Botschaften oder UNO-Organisationen einschließt. Neben der Bekämpfung von ideologisch oder religiös motivierter Kriminalität fällt der Kampf gegen illegalen Waffenhandel in den Aufgabenbereich des LSE Wien.

Kooperation. Bei der Verfolgung seiner Ziele arbeitet das LSE mit der *Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst* zusammen. Personen im örtlichen Zuständigkeitsbereich des LSE Wien, die als Hochrisikogefährder eingestuft sind, beobachtet das LSE gemeinsam mit der DSN. Das LSE infor-



Polizistinnen und Polizisten, die sich beim LSE bewerben, sollten großes Interesse an politischen Themen mitbringen

miert die DSN über sämtliche Amtshandlungen und erhält von dieser bei Bedarf personelle Unterstützung. Besteht ein Auslandsbezug, übernimmt die DSN den entsprechenden Part.

In allen Bereichen, in denen das LSE tätig ist, steigt der Arbeitsaufwand unaufhörlich. Als größtes *Landesamt Staatsschutz und Extremismusbekämpfung* in Österreich ist das LSE

Wer es geschafft hat, aufgenommen zu werden, bleibt in der Regel

Wien mit besonders vielfältigen Aufgabenstellungen konfrontiert. Um diese zu bewältigen, wurden zusätzliche Mitarbeiter aufgenommen, eine weitere Aufstockung des Personals ist geplant.

Wer sich beim LSE bewerben möchte, sollte – wie Köllner selbst – ein großes Interesse an politischen Themen mitbringen, da extremistische Organisationen immer auch im politischen Kontext zu betrachten sind.

Köllner war als Kriminalbeamter im Suchtgiftbereich tätig. Nach Abschluss des Jus-Studiums war er als rechtskundiger Beamter tätig und schließlich als Stadthauptmann-Stellvertreter im Polizeikommissariat Fünfhaus. Seit 1. Mai 2022 leitet er das LSE Wien. Die Arbeit im LSE beschreibt er als interessant, aber anspruchsvoll: „Wir haben eine der höchsten Überstundenraten bei der Polizei. Fehler dürfen wir uns

keine leisten, weil es zum Beispiel bei der Verhinderung von Terroranschlägen um Menschenleben geht.“

Vertrauenswürdigkeitsprüfung.

Bewerber müssen sich einer Vertrauenswürdigkeitsprüfung unterziehen, bei der sie verpflichtet sind, auch Höchstpersönliches offenzulegen. Dazu zählen die finanzielle Situation, sämtliche frühere Arbeitgeber, aber

ebenso das Privatleben, um zu vermeiden, dass Personen mit bedenklichen verfassungsschutzrelevanten Ansichten im LSE beschäftigt werden. So sind etwa Postings in sozialen Medien mit extremistischem Inhalt ein Ausschlusskriterium.

Wer es geschafft hat, aufgenommen zu werden, bleibt in der Regel. Trotz der hohen Anforderungen gibt es eine geringe Fluktuation, was für ein gutes Arbeitsklima spricht.

Köllner ist es ein Anliegen, das LSE über die in der Polizeigrundausbildung vermittelten Informationen hinaus innerhalb der LPD besser bekannt zu machen. „Wir erklären den Kollegen, mit denen uns eine Amtshandlung verbinden kann, was genau wir tun und was wir brauchen.“ Die Zusammenarbeit mit den SPKs soll durch den Ausbau und die Etablierung der Staatsschutzsensoren in den Bezirken gestärkt werden, damit sich Entwicklungen rechtzeitig erkennen lassen. R. P.

Robuster Raumschutz

In der Maria-Theresien-Kaserne trainierten Angehörige der Einsatzeinheit für das Handeln in lebensbedrohlichen Einsatzlagen. Es war die Grundausbildung für den „robusten Raumschutz“.

Im Februar 2024 fand die Grundausbildung in „robustem Raumschutz“ für Angehörige der Einsatzeinheiten in Wien statt. Dank der Kontakte zum Bundesheer konnte das weitläufige Areal der Maria-Theresien-Kaserne genutzt werden. Es eignet sich besonders zum Training von Einsätzen im Gelände. Die Szenarien in Gebäuden wurden in Pavillons des ehemaligen Otto-Wagner-Spitals auf der Baumgartner Höhe geübt.

Der „robuste Raumschutz“ zählt seit 2015 zu den Aufgaben der Einsatzeinheiten (EE). Es ist eine taktische Maßnahme für komplexe, lebensbedrohliche Einsatzlagen, etwa bei erhöhter Terrorgefahr, wobei taktisches Auftreten geschlossener Einheiten und Vorgehen im Verband gefragt sind. Angehörige einer EE müssen eine Grundausbildung in „robustem Raumschutz“ absolvieren. „Die Ausbildung dauert vierzig Stunden, auf fünf Tage verteilt“, sagt Bezirksinspektor Markus Fassl, LL.B., stellvertretender Ausbildungsleiter der EE Wien. „Dazu kommen zwei Stunden Erste Hilfe.“



Clemens Faes: „Einsätze in Stiegenhäusern sind die ‚Königsdisziplin‘.“

Ausbildungskonzept. „Robuster Raumschutz ist eine Bundesausbildung mit dem gleichen Curriculum in allen Bundesländern“, sagt Bezirksinspektor/SlAK Clemens Faes, Ausbildungsleiter der EE Wien. „Jeweils ein Bundesland veranstaltet die Grundausbildung, stellt die Ausbildungsstätte zur Verfügung und lädt die anderen Bundesländer ein, Teilnehmer zu entsenden.“ Nach Absolvieren der Raum-

schutz-Grundausbildung gibt es jährlich zwei Fortbildungstage zum robusten Raumschutz.

Das Ausbildungskonzept für den robusten Raumschutz wurde von der WEGA entwickelt, die auch für die Qualitätssicherung der Raumschutz-Ausbildung für die Einsatzeinheiten verantwortlich ist. WEGA-Beamte beobachten während der Ausbildung und geben den Raumschutz-Trainern Feedback. Diese sind Angehörige einer Einsatzeinheit und versehen Dienst in ihrer jeweiligen Stammdienststelle. Sie brauchen Einsatztrainerausbildung, Ordnungs- und Raumschutztrainerausbildung – insgesamt elf Wochen Trainer-Grundausbildung, um unterrichten zu dürfen.

Schwerpunkte der Raumschutz-Ausbildung sind taktisches Vorgehen im Verband, Schießen, Verhalten bei Sprengmitteln und Erstversorgung von Verletzten. Der in der Theorie vermittelte Lehrstoff wird im Stationenbetrieb praktisch geübt. Die Auszubildenden legen auf Realitätsnähe Wert; so wird das dargestellte Gegenüber – etwa ein



Der „robuste Raumschutz“ zählt seit 2015 zu den Aufgaben der Einsatzeinheiten (EE). Es ist eine taktische Maßnahme für komplexe, lebensbedrohliche Einsatzlagen, etwa bei erhöhter Terrorgefahr

Terrorist oder Attentäter – mit szenenypischer Bewaffnung wie Maschinengewehr, Handgranaten oder Sprengstoffgürtel dargestellt. Die Ausbildung ist für die Teilnehmer psychisch und körperlich fordernd, unter anderem durch die 18 kg schwere Ausrüstung.

Bei der Raumschutz-Grundausbildung in der Maria-Theresien-Kaserne bzw. auf dem Otto-Wagner-Spitalsareal im Februar stellte die Einsatzeinheit Wien die Trainer. Unterstützt wurden sie von zwei Trainern aus der Einsatzeinheit Burgenland. Von den 60 Teilnehmern stammten 56 aus Wien und vier aus Oberösterreich.

Theorie und Praxis. Der Montag begann mit einer Theorieeinheit. Ein von der WEGA erstellter Lehrfilm vermittelte allgemeine Informationen über den Raumschutz und die Formationen, die im Lauf der Woche geübt werden

sollten. Am Nachmittag wurde die Waffenhandhabung überprüft, die alle Teilnehmer bereits in der Sturmgewehr-Ausbildung geübt hatten. „Im Raumschutz ist das Sturmgewehr die Primärwaffe“, sagt Faes. „Daher legen wir auf das Handling großen Wert.“

Ebenfalls am ersten Tag trainierten die Teilnehmer das Verlassen des

Schwerpunkte der Raumschutz-Ausbildung: taktisches Vorgehen im Verband, Schießen, Verhalten bei Sprengmitteln und Erstversorgung von Verletzten

Dienstkraftfahrzeugs, das „Ausbooten“, unter Beschuss. „Wir haben keine gepanzerten Fahrzeuge“, erläutert Faes. „Wenn ein Fahrzeug beschossen wird und nicht weiterfahren kann, muss die Mannschaft aus dem Fahrzeug geholt werden. Der Kommandant der Mannschaft entscheidet, in welche Richtung das geschehen soll.“ Sobald das Fahrzeug zum Stillstand gekommen

ist, steigen die Insassen schnellstmöglich auf der vorgegebenen Seite aus und setzen sich ab.

Einer der Raumschutz-Trainer, der auch als „Sprengstoffsachkundiger“ (SKO) tätig ist, hielt einen Vortrag über das Verhalten bei Sprengmitteln. Anschließend setzten die Teilnehmer das Gehörte in Kurzscenarien von

rund fünf Minuten in die Praxis um. Gefragt war die richtige Reaktion, wenn das Gegenüber z. B. eine Handgranate in der Hand hält, diese wirft, oder wenn man einer Person mit Sprengstoffgürtel gegenübersteht.

Grundformationen. Am Dienstag stand Stationentraining auf dem Programm. In Gruppenstärke trainierten



Annähern an ein Gebäude oder Absetzen entlang der Hausmauer: Die Formationen wurden 10- bis 15-mal geübt

„Emergency-Bandage“: Druckverband, der ein besonders rasches Anlegen ermöglicht – auch am eigenen Körper

die Teilnehmer unterschiedliche Grundformation wie überschlagendes Vorgehen, Annähern an ein Gebäude oder Absetzen entlang der Hausmauer. Alle Formationen wurden 10- bis 15-mal geübt, wobei die Ausbilder die Szenarien variierten, etwa durch den Kontakt mit einem Gegenüber oder die Verletzung eines Kollegen. Nach jeder Übungssequenz konnten die Teilnehmer Fragen stellen und erhielten Feedback, um Verbesserungen sofort

Am Nachmittag trainierten die Teilnehmer am selben Schauplatz das, was sie am Vormittag geübt hatten, im Rahmen von FX-Szenarien. Durch die Verwendung von FX-Munition ist eine realistische Darstellung möglich. „Wir erzeugen künstlich Stress“, erklärt Faes. „Die Teilnehmer sind mit einem Täter, zum Teil auch mit mehreren Tätern, mit Schusswaffen oder Sprengmitteln konfrontiert. Sie müssen Schießkenntnisse, Taktik und Einsatz-

Bandage“, einem als Medizinprodukt eingestuften Druckverband. Die Konstruktion der Bandage ermöglicht ein besonders rasches Anlegen des Verbands, auch am eigenen Körper.

„Aufgrund des Medizinproduktegesetzes braucht man eine Schulung, um berechtigt zu sein, die Emergency-Bandage anzuwenden“, erklärt Chefinspektor Thomas Haidegger, Landessanitätskoordinator für Wien. Er leitete die Erste-Hilfe-Ausbildung. Jeder Teilnehmer erhielt ein San-Paket mit Emergency-Bandage, Rettungsdecke und Einweghandschuhen, was im Dienst mitgeführt werden kann. Situationen, in denen ein Druckverband angelegt werden muss, lassen sich auch in Raumschutz-Szenarien einbauen.

Am Freitag wurde die fünftägige Ausbildung mit dem Reinigen der Waffen beendet, mit dem Rückbau der Übungsstationen und administrativen Tätigkeiten. Abschließend hörten die Teilnehmer einen Vortrag eines Trainers der WEGA über den polizeilichen Einsatz am 2. November 2020 in Wien. „Das Konzept ‚robuster Raumschutz‘ kann bei den höchsten Lagen – Terror-, Amok- und Geisellagen – angewendet werden“, sagt Faes. Nach dem Anschlag in Wien wurde der Raumschutz ein Jahr lang aufrechterhalten, um Folgeattentaten entgegenzuwirken. R. P.

Bei der „Crash-Bergung“ muss man einen Verletzten so schnell wie möglich aus der Gefahrenzone in einen sicheren Bereich bringen

umsetzen zu können. Die „Crash-Bergung“, bei der man einen Verletzten so schnell wie möglich aus der Gefahrenzone in einen sicheren Bereich bringen muss, wurde in unterschiedliche Szenarien eingebracht.

Ortswechsel am Mittwoch. Am Vormittag übten die Teilnehmer in den Pavillons des ehemaligen Otto-Wagner-Spitals täterorientiertes Vorgehen mit Rückensicherung. Beim Bewegen in einem Gebäude müsse man die baulichen Gegebenheiten berücksichtigen. „Einsätze in Stiegenhäusern unterschiedlicher Varianten – offen oder geschlossen, mit Fenstern oder ohne – sind die ‚Königsdisziplin‘“, betont Faes.

technik verbinden.“

Der Donnerstag war der Wiederholung des Gelernten gewidmet. Einzeln geübte Szenarien wurden – wieder am Otto-Wagner-Spitalsareal – zusammengefügt: Ausbooten, Annähern an ein Gebäude, Eindringen, Bewegung im Raum und Kontakt mit dem Täter. Bei der Abschlussübung, einem FX-Szenario mit mehreren Tätern, war ein ganzer Zug im Einsatz, geführt von einem Zugkommandanten.

Erste Hilfe. Die zusätzlich zu der 40-stündigen Raumschutz-Ausbildung auf dem Programm stehende Erste-Hilfe-Schulung befasste sich hauptsächlich mit dem Anlegen der „Emergency-

Wenn die Seele Hilfe braucht

Was ist der Unterschied zwischen einer Psychiaterin bzw. einem Psychiater, einer Neurologin, einem Psychologen und einer Psychotherapeutin und welche Leistungen sind auf Krankenschein möglich?

Ich brauch doch keinen *Vogerldoktor*“ ... mit diesen Worten werden auch heute noch Beratungs- und Betreuungsangebote abgetan und sämtliche Leistungen psychosozialer Unterstützung abgelehnt. Als Vogerldoktoren werden im Sprachgebrauch Berufsgruppen bezeichnet, die sich mit der menschlichen Psyche beschäftigen, wie zum Beispiel Psychiater und Neurologen, aber auch Psychologen und Therapeuten. Der Begriff „Vogerldoktor“ hat seinen Ursprung im Irrglauben, dass sich bei psychisch auffälligen Menschen Vögel im Gehirn einnisten, die für das seltsame Verhalten verantwortlich sind.

Aus Angst, als geistig gestört abgestempelt zu werden, vermeiden noch heute viele Betroffene die Inanspruchnahme einer notwendigen psychosozialen Unterstützung. Manchmal ist es einfach Unwissenheit, was die jeweilige Berufsgruppe tatsächlich leistet und mit welchen Methoden gearbeitet wird. So werden wissenschaftlich fundierte Ausbildungen mit „Lesen im Kaffeesud“ oder „Knochenwürfeln“

gleichgesetzt und ins Lächerliche gezogen. Hier soll ein wenig Licht ins Dunkel der psychosozialen Leistungen und Möglichkeiten gebracht und ein Überblick gegeben werden, welche Leistungen davon auf Krankenschein tatsächlich möglich sind.

Psychiaterinnen und Psychiater haben einen Universitätsabschluss in Medizin mit der Facharztausbildung „Psychiatrie“. Es geht um Prävention, Diagnostik und Therapie psychischer Erkrankungen wie zum Beispiel Persönlichkeitsstörungen, Suchterkrankungen, Depressionen und so weiter. Zur Therapie zählt oft die Verschreibung von Medikamenten (Psychopharmaka). Am Beginn steht immer ein ausführliches Gespräch mit der Patientin bzw. dem Patienten, es wird eine „Anamnese“ durchgeführt. Anhand dieses Gespräches oder auch aufgrund verschiedener Tests wird eine Diagnose gestellt und ein Behandlungsplan entwickelt.

Weiters kann darüber auch ein Gutachten erstellt werden, das dann zum

Beispiel bei Fragestellungen der Exekutivdienstfähigkeit als Vorlage beim Büro „Polizeiärztlicher Dienst“ der Landespolizeidirektion Wien verwendet werden kann. Psychiaterinnen und Psychiater können Kassenärzte, Wahlärzte (Kosten sind zunächst selbst zu tragen, danach Einreichung bei der Krankenkasse) oder Privatärzte (Kosten sind selbst zu tragen, wenig bis keine Kostenrefundierung seitens der Krankenkasse) sein.

Neurologinnen und Neurologen haben einen Universitätsabschluss in Medizin mit der Facharztausbildung „Neurologie“. Zu ihren Tätigkeitsfeldern zählt die Heilung von Erkrankungen des Zentralnervensystems und des peripheren Nervensystems, z. B. ständige Kopfschmerzen, Demenzerkrankungen, Schlaganfälle und so weiter. Als Medizinerinnen und Mediziner dürfen sie Medikamente verschreiben und Gutachten erstellen. Bezüglich der Anamnese und der Kosten gilt dasselbe wie bei den Psychiaterinnen und Psychiatern.

Psychologinnen und Psychologen

haben einen Universitätsabschluss (Mag., Dr. oder MA, MSc, PhD) in der Studienrichtung „Psychologie“. Diese Berufsbezeichnung darf ausschließlich von diesen Personen geführt werden. Personen mit einem Kombinationsstudium (z. B.: Psychologie-Philosophie) oder mit einem Bachelor-Abschluss dürfen sich nicht Psychologin oder Psychologe nennen.

Psychologinnen und Psychologen beschäftigen sich damit, menschliches Verhalten zu beschreiben und zu erklären. Sie sind keine Ärztinnen und Ärzte und verschreiben keine Medikamente. Um beraten, diagnostizieren und behandeln zu dürfen, muss zusätzlich zum Studium eine Ausbildung zum „Klinischen- und/oder Gesundheitspsychologen“ abgeschlossen werden. Der Abschluss dieser Ausbildung ist in einer öffentlich zugänglichen Liste im Sozialministerium einsehbar (KPL – Suche ehealth.gv.at), eine Suchmaschine für sämtliche in Österreich tätigen Psychologinnen und Psychologen befindet sich unter dem Link psychologen.at – Internet-Portal für Psychologie. Bisher war nur die klinisch-psychologische Diagnostik rückzahlbar. Die Kostenerstattung umfasste nur bestimmte Fragestellungen (z. B. ob eine psychische Störung vorliegt), Themen wie Schulleistung oder Fahrtauglichkeit waren keine erstattbaren Leistungen.

Durch die Gesetzesnovelle mit 1. Jänner 2024 ist auch die psychologische Behandlung erstattungsfähig. Wenn Sie mit einer ärztlichen Verordnung einen klinischen Vertragspsychologen oder Psychologin aufsuchen (Liste der Vertragspsychologen der jeweiligen Krankenkasse beachten!), erfolgt die Verrechnung direkt mit der Kasse und es entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Bei klinischen Wahlpsychologinnen und -psychologen gibt es keine direkte Verrechnung. Die Kosten müssen zunächst bezahlt werden und dann bei der Krankenkasse eingereicht werden. Bei klinischen Privatpsychologinnen

und Psychologen gibt es in der Regel keine Refundierung der Kosten. Klinische Psychologen bieten Unterstützung bei: psychosomatischen Beschwerden, psychischen Problemen und Erkrankungen (z. B. Suchtprobleme, Ängste, Depressionen, Ess-Störungen, Kontaktschwierigkeiten etc.), psychischen Belastungen, die durch körperliche Erkrankungen hervorgerufen werden sowie bei akuten Krisen.

Wie arbeiten klinische Psychologinnen und Psychologen? In einem Erstgespräch wird der Rahmen der Zusammenarbeit geklärt und besprochen. Je nach Fragestellung und Thema können Testverfahren zur Diagnostik verwendet werden (achten Sie darauf, welche Kosten die Kasse übernimmt), ebenso ist die Erstellung von Gutachten möglich.

Bevor eine psychologische Behandlung begonnen wird, ist es oft ratsam, körperliche Beschwerden medizinisch abklären zu lassen. Vielleicht ist ja die psychische Problematik auf eine organische Erkrankung zurückzuführen (z. B. depressive Symptome durch Unterfunktion der Schilddrüse).

Psychotherapeutinnen und -therapeuten haben eine abgeschlossene Psychotherapieausbildung und/oder einen Universitätsabschluss in der Studienrichtung „Psychotherapie“ bzw. „Psychotherapiewissenschaften“ (MA, BA pth., Mag. pth., Dr. scient. pth.) inklusive Praxiserfahrung. Sie sind für die Diagnostik und Behandlung von psychischen, psychosozialen oder psychosomatisch bedingten Leidenszuständen und Verhaltensstörungen zuständig.

Ziel einer Psychotherapie ist es, psychisches Leid zu lindern oder zu heilen, in Lebenskrisen zu helfen, problematische Verhaltensweisen und Einstellungen zu ändern und die persönliche Gesundheit zu fördern. Das Ziel einer Psychotherapie wird zu Beginn der Behandlung gemeinsam vereinbart. In Österreich sind derzeit 23



Die Mitarbeiterbetreuung der LPD Wien unterstützt bei Fragen zu Therapie- und Beratungsangeboten

psychotherapeutische Methoden anerkannt, so zum Beispiel Verhaltenstherapie, klientenzentrierte Psychotherapie oder systemische Familientherapie. Alle anerkannten Methoden, sowie die offizielle Liste aller in Österreich tätigen Psychotherapeutinnen und -therapeuten sind unter den Links <https://www.psyonline.at> und <https://www.psyonline.at/methoden> zu finden. Einzelne Psychotherapeutinnen und -therapeuten haben Kassenplätze, bei denen für die Therapie (Verordnung muss vorhanden sein) keinerlei Kosten entstehen. Da die Zahl dieser Plätze stark begrenzt ist, ist mit längeren Wartezeiten zu rechnen.

Weiters gibt es die Möglichkeit der Teilrefundierung psychotherapeutischer Leistungen. Um einen Zuschuss zu erhalten, benötigen Sie die Bestätigung einer ärztlichen Untersuchung (spätestens vor der zweiten Psychotherapie-

rapiesitzung). Hierbei wird lediglich abgeklärt, ob körperliche Erkrankungen vorliegen, die die psychischen Symptome vielleicht (mit)verursachen. Der Betrag muss zunächst bezahlt werden (analog den Wahlpsychologen), eine Teilrefundierung erfolgt dann seitens der Krankenkasse, wobei der Betrag zwischen BVAEB und ÖGK derzeit unterschiedlich ist. Zu beachten

ist, dass die Krankenkassen nur dann einen Zuschuss leisten, wenn eine „krankheitswertige“ Störung vorliegt. Bei privat finanzierten Therapien gibt es keinerlei Kostenersatz. Angemerkt wird, dass einige Psychotherapeutinnen und -therapeuten „Sozialtarife“ anbieten und somit einkommensschwachen Betroffenen psychothera-

peutische Leistungen ermöglichen.

Für die Inanspruchnahme psychosozialer Leistungen sind zwar ein paar bürokratische Voraussetzungen zu berücksichtigen und die Anzahl der finanzierten Plätze ist ausbaufähig. Dies sollte Sie aber nicht davon abhalten, im Bedarfsfall professionelle psychosoziale Unterstützung anzunehmen. Nicht immer sind jahrelange Therapien

*Ziel einer Psychotherapie ist es,
psychisches Leid zu lindern oder zu heilen*

nötig, um eine Besserung herbeizuführen. Manchmal genügt ein Blick von außen auf die Situation, um neue Perspektiven erkennen und eigene Ressourcen wieder nützen zu können. Die *Mitarbeiterbetreuung* der Landespolizeidirektion Wien unterstützt Sie sehr gerne bei Fragen zu Therapie- und Beratungsangeboten.

Restrisiko Blackout

In einem Handbuch zur Blackout-Vorsorge wird Polizistinnen und Polizisten ein Leitfaden geboten, um bei einem längeren großflächigen Stromausfall den Dienstbetrieb aufrechterhalten zu können.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Resilienz der Polizei gegenüber Krisen zu stärken. Es entstand die Idee, ein Handbuch als Orientierungshilfe für eine länger andauernde Ausnahmesituation zu erstellen – etwa für den Fall eines Blackouts.

„Ein Blackout als Szenario zu wählen, stellt eine Möglichkeit dar, Resilienz in einer Organisation aufzubauen“, erklärt der akademisch ausgebildete und zertifizierte Risiko-, Krisen- und Katastrophenmanager Gruppeninspektor Werner Anton Lebinger, MSc. Er war an der Erarbeitung des Handbuchs beteiligt. „Das Konzept kann man auch für andere Katastrophen heranziehen. Teile davon müssen an die jeweilige Lage angepasst werden,“

Eine resiliente Polizei stellt die Voraussetzung dafür dar, dass der Schutz der kritischen Infrastruktur in Krisen gewährleistet werden kann. Dieser wird rechtlich von der EU-Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrich-



Werner Anton Lebinger: „Es ist wichtig, bei den Fakten zu bleiben.“

tungen geregelt, die die Mitgliedstaaten bis Oktober 2024 umsetzen müssen. Die Polizei ist gefordert, den Dienstbetrieb im Fall eines Blackouts, wenn auch eingeschränkt, aufrechtzuerhalten und nach Beendigung der

Blackoutlage möglichst rasch zum Normalbetrieb zurückzukehren. Das Handbuch zur Blackoutvorsorge leistet einen wesentlichen Beitrag dazu.

In dem Handbuch wird beschrieben, wie sich die Organisationseinheiten der Polizei auf ein Blackout vorbereiten können und welche Schritte im Falle eines Blackouts, im weiteren Verlauf bzw. nach Ende des Stromausfalls zu setzen sind. Das Handbuch setzt sich aus drei Teilen zusammen.

Den ersten Teil bildet der Erlass „Handbuch Blackout-Vorsorge“ des Bundesministeriums für Inneres. Dieser mit 36 Seiten umfangreichste Teil beinhaltet bundesweite Regelungen.

Teil zwei besteht aus der Dienstweisung „Blackout“ der Landespolizeidirektion. Die LPD Wien hat am 25. Jänner 2024 eine 25-seitige Dienstweisung als Handlungsanleitung für den Ernstfall erlassen.

Ergänzt wird das Handbuch durch den dritten Teil, das „OE-Handbuch“, das von den Organisationseinheiten selbst erstellt wird und maximal 25 Sei-

ten umfassen soll. In Wien enthält das insgesamt rund 100 Seiten lange dreiteilige Handbuch auch einen Ablaufplan der Verpflegungsausgabe während des Blackouts in der Mensa der Rosauer Kaserne.

Von der LPD Wien gibt es für die Erstellung des OE-Handbuchs einen Aktenvermerk als Orientierungshilfe. Dieser enthält zwei Optionen, zwischen denen man wählen kann und die sich kombinieren lassen. Die erste Möglichkeit besteht darin, einen Text wie in den Teilen 1 und 2 zu verfassen; dafür liefert das OE-Handbuch des Büros Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten im Umfang von 15 Seiten eine Blaupause. Als Alternative bietet sich eine Version in Tabellenform an, wie jene der Logistikabteilung; pro Referat sind ein bis drei Seiten vorgesehen. „Es zeichnet sich ab, dass die meisten Organisationseinheiten das OE-Handbuch als Text mit ergänzenden Tabellen konzipieren“, sagt Lebinger.

Für Teil drei des Handbuchs ist als „Fiktion“ anzunehmen, dass beim Eintritt des Blackouts nicht die eigenen Führungskräfte im Dienst sind, sondern andere ohne Kenntnis der speziellen Anforderungen der Dienststelle. „Das bedingt eine rationelle Schreibweise“, sagt Lebinger. „Der Text wird dadurch nicht zu lang. Man sollte keine Inhalte aus den Teilen 1 und 2 wiederholen, sondern sich auf die eigenen vorab festgelegten Aufgaben konzentrieren.“ Teil 3 kann durch die OE-Leiter jederzeit geändert werden, auch ein Wechsel der Form von Text- zur Tabellenform oder umgekehrt ist möglich.

Da in Ausnahmesituationen die logistischen und technischen Ressourcen der LPD Wien zentral durch die Logistikabteilung (Delta/S4) gesteuert werden, besteht keine Notwendigkeit für standortbezogene Sonderregelungen. Zum Zweck der Eindeutigkeit liegt der Schwerpunkt auf den OE-Handbüchern.

Vertrauen. Bei der Konzeption von Teil 2 berücksichtigte die LPD Wien



„Ein Blackout als Szenario zu wählen, stellt eine Möglichkeit dar, Resilienz in einer Organisation aufzubauen“, erklärt der akademisch ausgebildete und zertifizierte Risiko-, Krisen- und Katastrophenmanager Werner Anton Lebinger

die Inputs, die Kollegen über die elektronische „Ideenbox“ im Sharepoint geliefert hatten. „Wer ist wofür zuständig? Welche Aufgaben lassen sich reduzieren? Wie kann man selbst vorsorgen?“, nennt Lebinger einige typische Fragen, auf die sich die Input-Lieferanten Antworten im Handbuch erhoffen. Die Inputs zeigen, dass es vor allem darum geht, das Vertrauen in den Dienstbetrieb in einer Krisensituation zu stärken. Dazu zählt die Gewissheit, dass nicht nur die Interessen des Dienstgebers zählen, sondern auch jene der Mitarbeiter als Privatpersonen, die bei triftigen Gründen wie Betreuungspflichten den Dienst nicht antreten müssen.

Ängste und Unsicherheiten, die das Vertrauen beeinträchtigen, können durch die Vermittlung von Wissen über die unbekanntere, als bedrohlich emp-

fundene Situation abgebaut werden. Zu diesem Zweck wurde in der Sicherheitsakademie das interaktive E-Learning-Tool „Blackout“ entwickelt. Es bietet Informationen über das Phänomen Blackout, über öffentliche Vorsorge und Eigenvorsorge sowie über organisatorische, personelle, logistische und technische Maßnahmen, die im Dienstbetrieb gesetzt werden. Bei einem Quiz hat man die Möglichkeit, den eigenen Wissensstand zu überprüfen. Als zusätzlichen Anreiz erhält jeder, der das E-Learning-Tool absolviert hat, 100 Euro zweckgebunden für seine persönliche Blackout-Vorsorge.

Zahllose Gerüchte und Falschmeldungen kursieren darüber, wie groß die Gefahr eines Blackouts ist und welche Auswirkungen es haben kann. Deshalb sei es wichtig, bei den Fakten zu bleiben, betont Lebinger: „Die Fachli-

teratur zeigt keine Veränderung der Wahrscheinlichkeit eines Blackouts. Ein Restrisiko besteht.“

Als seriöse Quellen, die auch beim Verfassen des Blackout-Handbuchs herangezogen worden sind, nennt er beispielsweise das „Österreichische Programm zum Schutz kritischer Infrastruktur“ der Bundesregierung, Informationsmaterialien des österreichischen Zivilschutzverbands und das Projekt der deutschen Wissenschaftsakademien „Energiesysteme der Zukunft“.

Verantwortlichkeiten. Um im Krisenfall einen möglichst reibungslosen Ablauf zu gewährleisten, müssen die Verantwortlichkeiten in den Organisationseinheiten bereits im Vorfeld geklärt werden. In der LPD Wien sind die Leiter der Organisationseinheiten



Der Schutz der kritischen Infrastruktur in Krisen ist eine der wesentlichsten Aufgaben der Polizei

als Resilienzverantwortliche für die Blackoutvorsorge in ihren Organisationseinheiten zuständig. In der Praxis beauftragt der OE-Leiter einen Mitarbeiter als Resilienzverantwortlichen und im Fall eines Blackouts einen im Dienst verbliebenen Mitarbeiter als Blackoutverantwortlichen. So steht im Einzelfall die Frage nicht im Vordergrund, ob ein Blackoutverantwortlicher in der Ausnahmesituation verfügbar ist. Beide Verantwortlichen arbeiten ihrem OE-Leiter zu.

Aufgabe des Resilienzverantwortlichen ist die Blackoutvorsorge vor der Ausnahmesituation. Darunter fallen die Erstellung des OE-Handbuchs für den OE-Leiter, die Instandhaltung der Dienststellenausstattung und der Geräte sowie die ständig aktualisierte Bereithaltung des Handbuchs in physischer Form. Technische Tests, Übungen

und Verpflegung werden in der LPD Wien durch die OE-Handbücher der Einsatzabteilung, der Logistikabteilung und der Abteilung Fremdenpolizei und Anhaltevollzug zentral gesteuert.

Die Logistikabteilung führt in angemessenen Zeitabständen technische Tests durch, beispielsweise an Notstromaggregaten in Gebäuden oder in der Funkabdeckung. In dieser Zeit gibt die Einsatzabteilung die Schwerpunktübungswochen vor. Die Resilienzverantwortlichen planen die Übungsteilnahme der jeweiligen OE auf Basis der OE-Handbücher und wirken bei Bedarf an technischen Tests mit. Interne Kommunikationsmaßnahmen des Referates Personalentwicklung begleiten die Schwerpunktübungswochen.

Das Handbuch zur Blackout-Vorsorge muss – zusätzlich zur digitalen Version – physisch vorliegen und leicht zugänglich in einem zentralen Raum

der Organisationseinheit aufbewahrt werden. Die Bediensteten sollten sich schon vor einem möglichen Blackout mit dem Handbuch vertraut machen.

Ernstfall. Kommt es zu einem Blackout, wird vorgegangen, wie es im Handbuch beschrieben ist. Das *Austrian Power Grid*, Betreiber des österreichischen Stromnetzes, berichtet dem Innenministerium binnen einer Stunde über die technische Lage der betroffenen Versorgungsgebiete inklusive einer Netzwiederaufbauprognose. Auf deren Grundlage entscheidet das BMI, ob auf die *Besondere Aufbauorganisation Blackout (BAO Blackout)* gewechselt werden soll. In der Landespolizeidirektion Wien wird der *Einsatzstab Delta* einberufen, jedes Stadtpolizeikommando bildet einen Einsatzabschnitt.

Die *BAO Blackout* unterscheidet sich von einer regulären *Besonderen*



Bei einem längeren großflächigen Stromausfall muss der Dienstbetrieb aufrechterhalten werden können

Aufbauorganisation. Es wird eine größere Anzahl an Einsatzabschnitten gebildet, um Details im Lagebild besser abbilden können. „Die Stadtpolizeikommanden melden ihre Lagebilder direkt an den Einsatzstab. Personalverschiebungen sind über Anordnung der Behörde möglich. Da weniger Personal verfügbar ist, erfolgt eine Reduktion von Aufgaben auf Mindestaufgaben“, erläutert Lebinger.

Diese Mindestaufgaben werden im OE-Handbuch ohne Personalzuweisung festgelegt. Jeder Leiter einer Organisationseinheit muss eine Zumutbarkeitsprüfung durchführen, die darüber entscheidet, welche Mitarbeiter im Dienst bleiben und mit der Durchführung der Mindestaufgaben beauftragt werden können. Vom Dienst freigestellt werden Mitarbeiter, die unverzichtbare persönliche Pflichten erfüllen

müssen, etwa die Betreuung von minderjährigen oder schutzbedürftigen Angehörigen, aber auch von Nutztieren bei einer Tätigkeit als Nebenerwerbsbauer.

Verpflegung und Ausrüstung. Um den exekutiven Außendienst in seiner Handlungsfähigkeit zu unterstützen, stattet die Logistikabteilung der LPD Wien die Polizeiinspektionen mit je einer „Katastrophenkiste“ aus, die bei Bedarf auch für andere Ereignisse und Großschadenslagen verwendet werden kann. Die „Kat.-Kiste“ enthält unter anderem einen Werkzeugkoffer, Kurbellaternen und ein Notfallradio. Andere Dienststellen können bei



Bedarf auf Basis des eigenen OE-Handbuchs einen Antrag stellen, um ebenfalls eine Katastrophenkiste oder einzelne Teile wie Kurbellaternen zu erhalten.

Die Verpflegung des im Dienst stehenden Personals der LPD Wien findet in den ersten Tagen eines Blackouts einerseits zentral in der Mensa der Rosauer Kaserne statt, andererseits für die Polizeiinspektionen dezentral in den jeweiligen Stadtpolizeikommanden. Es kann zwischen mehreren verpackten Fertigenmenüs gewählt werden, die man vor dem Verzehr mit heißem Wasser aufgießt. Auch im Katastrophenfall soll das leibliche Wohl nicht zu kurz kommen, sagt Lebinger: „Bei den Menüs handelt es sich um Produkte für den zivilen Bereich, z. B. für Expeditionen, sie sind besonders nahrhaft und geschmackvoll.“ *Rosemarie Pexa*

Brand hinter Gittern

Im Fall von Brandstiftung ist die Betriebsfeuerwehr einer Justizanstalt mit einer zweifachen Bedrohung konfrontiert: durch das Feuer und den Täter. Bei größeren Lagen kooperiert sie mit der Polizei.

Es brennt. Die Bewohner verlassen das Gebäude selbstständig über Fluchtwege oder werden von der Feuerwehr durch Fenster gerettet. Was selbstverständlich erscheint, ist in dieser Form nicht durchführbar, wenn in einer Justizanstalt ein Feuer ausbricht. Die Fenster der Hafträume sind vergittert – und die Insassen müssen während der Evakuierung bewacht werden, damit sie die Gelegenheit nicht zu einem ungeplanten „Freigang“ nutzen. Für einen sicheren Ablauf im Ernstfall arbeitet die Betriebsfeuerwehr mit der Einsatzgruppe der Justizanstalt und mit der Polizei zusammen.

Die seit 1988 bestehende Betriebsfeuer der Justizanstalt Josefstadt hat derzeit 86 Mitglieder, zehn davon sind Frauen. Angesichts einer möglichen Gefährdung durch aggressive Insassen während eines Brandes ist es von Vorteil, dass einige Mitglieder der Betriebsfeuerwehr auch bei der Einsatzgruppe der Justizanstalt sind. Etliche Angehörige der Betriebsfeuerwehr bringen Erfahrungen mit, die sie bei ei-

ner *Freiwilligen Feuerwehr* gesammelt haben. Wer sich für die Betriebsfeuerwehr bewirbt und nicht für eine *Freiwillige Feuerwehr* tätig ist, muss die Grundausbildung, die Truppmannausbildung und die Atemschutzausbildung an der Feuerweherschule absolvieren und regelmäßig an hausinternen Aus- und Weiterbildungen teilnehmen.

Brandursachen. Pro Jahr rückt die Betriebsfeuer der Justizanstalt Josefstadt rund 50-mal aus, wobei es sich in zwei Drittel der Fälle um Täuschungsalarme handelt, etwa durch Zigarettenrauch, Staub in den Betrieben oder Wartungsarbeiten. Auch ein neuer Dampfgerar, den man direkt unter einem Brandmelder aufgestellt hatte, löste Alarm aus, als er in Betrieb genommen wurde. Das Problem konnte beseitigt werden, indem man für das Küchengerät einen anderen Platz fand.

Das restliche Drittel der Fälle besteht zum überwiegenden Teil aus kleineren Bränden, sowohl im eigenen Haus als auch im benachbarten Landesgericht, das von der Betriebsfeuer-

wehr der Justizanstalt mitbetreut wird. Häufige Ursachen sind Unachtsamkeit, z. B. wenn Fett in der Küche auf der Herdplatte zu heiß wird, aber auch Brandstiftung, etwa von jugendlichen Häftlingen angezündete Mistkübel. Diese kleineren Brände können meist rasch gelöscht werden. Wird Brandstiftung vermutet, verständigt die Justizanstalt die Brandermittlungsgruppe der Wiener Polizei.

Brandstiftung. Selten, aber umso gefährlicher sind größere Brände, die durch Brandstiftung in Hafträumen verursacht werden. Die Insassen zeigen sich erfinderisch und nutzen neben Feuerzeugen Kochplatten, Tauchsieder oder Stromkabel, um das Inventar wie Decken, Bettwäsche oder Bücher anzuzünden. Zur Gänze verhindern lässt sich das nicht, auch wenn laut der Anstaltsleiterin Hofrätin Mag. Krista Schipper schwer entflammbare Materialien verwendet werden. Damit will man vermeiden, dass ein Insasse, der mit einer Zigarette in der Hand einschläft, seine Matratze in Brand setzt.

Kommt es zu einem Brand in einem Haftraum, kann sich aufgrund der starken Hitzeentwicklung die Haftraumtür verziehen, wodurch sie sich nicht mehr öffnen lässt. In diesem Fall muss die Betriebsfeuerwehr die Türbänder mit der Trennscheibe durchschneiden und die Tür anschließend mit der Brechstange aufbrechen. Wichtig ist, dass die Insassen möglichst rasch aus dem brennenden Haftraum gerettet werden. Laut Kontrollinspektor Werner Sandhofer, Kommandant Betriebsbrandschutz und Brandschutzbeauftragter, dauert es von der Alarmierung bis zum Eintreffen der Betriebsfeuerwehr am Brandort in der Regel fünf Minuten.

Feuer und Rauch. Ein Brand in einem beengten, aber überschaubaren und mit wenigen brennbaren Gegenständen bestückten Haftraum stellt an die Betriebsfeuerwehr andere Anforderungen als in einer der Werkstätten. In der Tischlerei befinden sich Holz und Spanplatten, in der Schlosserei zum Schweißen benötigte Gasflaschen und in der Wäscherei giftige und ätzende Chemikalien. Bricht in einer Werkstatt ein Brand aus, informiert der Werkstättenbeamte die Betriebsfeuerwehr darüber, wie viele Personen sich in dem Raum aufhalten und wo sie sind. Kennt er deren genaue Position nicht, muss alles systematisch abgesehen werden.

Erschwert wird das durch starke Rauchentwicklung. Da die Sicht in Bodennähe besser und die Hitze geringer ist, bewegen sich die Mitglieder der Betriebsfeuerwehr in gebückter Haltung vorwärts. Jeder von ihnen führt in einer an seinem Atemschutzgerät befestigten Tasche eine Brandfluchthauben mit. Diese kann mit einer zweiten Leitung an dem Gerät angeschlossen werden, um eine Person während ihrer Rettung mit Pressluft zu versorgen. Verletzte bzw. Bewusstlose werden aus dem Brandraum getragen oder, wenn der Weg kurz ist und es schnell gehen muss, aus der Gefahrenzone gezogen.



Jeden Monat gibt es eine Schulung für die Mitglieder der Betriebsfeuerwehr und zweimal jährlich Atemschutzübungen

Bei jedem Einsatz mit Verwendung von Atemschutz verständigt die Justizanstalt die Berufsfeuerwehr. Damit die Feuerwehrleute zum Brandort finden, wird der Weg mit Signalleuchten gekennzeichnet und ein Justizwachebeamter als Lotse mitgeschickt. Dieselbe Vorgehensweise erfolgt, wenn die Polizei zur Unterstützung angefordert wird. „Der Lotse kennt die Räumlichkeiten – und die Insassen“, erklärt Sandhofer.

Übungen. In regelmäßig abgehaltenen Übungen werden unterschiedliche Szenarien durchgespielt, um im Ernstfall rasch und koordiniert vorgehen zu können. Jeden Monat findet eine Schulung für die Mitglieder der Betriebsfeuerwehr statt. Dazu kommen zweimal jährlich Atemschutzübungen in einem Raum in der Justizanstalt, der zur

Simulation von Brandrauch vernebelt werden kann. Zum Teil ist die Einsatzgruppe der Justizanstalt eingebunden, da von gewaltbereiten Häftlingen eine Gefahr für die Feuerwehrleute ausgehen kann. Befindet sich etwa ein aggressiver Insasse in einem brennenden Haftraum, wartet das Team der Einsatzgruppe vor dem Raum, um sofort zugreifen zu können.

Eine Übungsvorgabe ist die Rettung eines Bewusstlosen aus einem in

sie den Löschstrahl an die Decke, um deren Temperatur abzusenken, die mehrere Hundert Grad betragen kann. Dann rücken sie in den brennenden Raum zum Bewusstlosen vor.

Erst nachdem sich der bewusstlose Häftling in Sicherheit befindet, fahren die Mitglieder der Betriebsfeuerwehr mit der Löschwasseraufbringung fort. Diese wird immer wieder kurz unterbrochen, damit der Wasserdampf ab-

Übungsvorgabe ist die Rettung eines Bewusstlosen aus einem in Brand stehenden Haftraum

Brand stehenden Haftraum. Es gilt der Leitsatz, Menschenrettung hat Vorrang vor der Brandbekämpfung. Die Mitglieder der Betriebsfeuerwehr öffnen die Tür, das Türblatt als Deckung nutzend, einen Spalt breit. Zuerst richten

ziehen und man die brennenden Gegenstände im Raum besser erkennen kann. Auf dem Gang sorgen ein Druckbelüfter und die Querbelüftung durch Öffnen des Fensters im gegenüberliegenden Haftraum für freie



Zuerst richten sie den Löschstrahl an die Decke, um deren Temperatur abzusenken, die mehrere Hundert Grad betragen kann. Dann rücken sie in den brennenden Raum zum Bewusstlosen vor

Sicht. Um einen Feuerüberschlag auf benachbarte Räume zu vermeiden, ist jeder Haftraum als eigener Brandabschnitt konzipiert.

Zusätzlich zu den in der Justizanstalt abgehaltenen Übungen absolvieren die Mitglieder der Betriebsfeuerwehr einmal pro Jahr eine sogenannte „Heißausbildung“, bei der sie auf dem Schulungsgelände des Flughafens in Wien-Schwechat unter realistischen Bedingungen gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr trainieren. Für Kommandanten, Zugs- oder Gruppenkommandanten sind weitere Fachausbildungen erforderlich. Darüber hinaus können Kurse an den Landesfeuerwehrschulen besucht werden.

Zusammenarbeit. Bei größeren Lagen kooperiert die Betriebsfeuerwehr der Justizanstalt mit externen Einsatzeinheiten. Für ein optimales Zusammenspiel trainiert sie gemeinsam mit der Berufsfeuerwehr Wien, der Berufsrettung sowie mit *Cobra* und *WEGA*. Regelmäßig – mit einer Unterbrechung durch die Corona-Pandemie – finden Großübungen statt. Zu den bisher durchgespielten Szenarien zählen eine

Geiselnahme mit Bombendrohung sowie Brände in einem Haftraum bzw. in der Anstaltsschlosserei.

2023 fand eine Großübung statt, bei der man die Evakuierung der Krankenabteilung wegen eines Brandes in einem Haftraum im Spitalsbereich probte. Dieses Szenario wurde gewählt, nachdem im Mai 2023 eine brennende Zigarette im Landeskrankenhaus MÖdling einen Brand ausgelöst hatte, bei dem drei Patienten ums Leben gekommen waren. „Wir haben die drei Stufen der Evakuierung geübt: erstens Evakuierung des Haftraums, zweitens horizontale Evakuierung von einer Abteilung in einen anderen Brandabschnitt und drittens vertikale Evakuierung in ein anderes Stockwerk oder ins Freie“, beschreibt Sandhofer.

Ebenfalls 2023 wurde eine Großübung zu einem Blackout-Szenario abgehalten. Dabei zeigte sich, dass rund 80 Prozent der elektrischen Geräte mit Notstrom versorgt wurden. Nach Abschluss der derzeitigen Funktions- und Bestandssanierung der Justizanstalt werden es hundert Prozent sein, die neuen Aggregate wurden bereits geliefert. Sandhofer beschreibt, welche Auf-

gaben der Betriebsfeuerwehr bei der Übung zukamen: „Sie hat die Infrastruktur im Hinblick auf Schwachstellen im Brandschutz kontrolliert. Auch eine Personenbefreiung aus einem Aufzug ist geübt worden, bei der man die Kabine händisch abgesenkt hat. Jeder Angehörige der Betriebsfeuerwehr ist als Aufzugswärter ausgebildet.“

Dass die Betriebsfeuerwehr nicht nur für die Bekämpfung von Bränden zuständig ist, zeigte die Corona-Pandemie. Als 2014 bis 2016 eine verheerende Ebola-Epidemie in Westafrika zahlreiche Todesopfer forderte, überlegte man in der Justizanstalt Josefstadt, wie man bei einem durch einen Häftling eingeschleppten Ebola-Fall vorgehen sollte, und traf Vorkehrungen. Diese bewährten sich während der Pandemie. Die Betriebsfeuerwehr übernahm die Flächendesinfektion in Räumen, wo sich positiv Getestete aufgehalten hatten, und wurde von Angehörigen der ABC-Abwehrschule des Bundesheeres in die Verwendung von Luftdesinfektionsgeräten eingeschult. „Unsere größte Sorge war, Todesfälle zu verhindern – und das haben wir geschafft“, zieht Schipper eine positive Bilanz. R. P.

Kommando vor Ort

Bei komplexen Einsatzlagen ist der „Landesweite Kommandant vor Ort“ (LKvO) der „verlängerte Arm“ des Offiziers vom Dienst. Er kann sich auch von sich aus an den Ort des Geschehens begeben.

Im Jahr 2018 führte das Innenministerium die Funktionen des „Landesweiten Kommandanten vor Ort“ (LKvO) und des „Kommandanten vor Ort“ (KvO) ein. In Wien wurde der Kompaniekommandant der WEGA beauftragt, auch die Aufgabe des LKvO zu übernehmen.

Das änderte sich nach dem Terroranschlag in Wien am 2. November 2020. „Bei der Evaluierung des Terroranschlags haben wir festgestellt, dass man einen eigenen Bediensteten braucht, der die Aufgaben des LKvO vollumfänglich abdeckt“, erinnert sich Oberst Thomas Maier, BA, vom Referat „Strategie und Entwicklung“ im Büro A1 „Organisation, Strategie und Dienstvollzug“. „In einer Stadt wie Wien mit zwei Millionen Einwohnern ist das leistbar und nötig, um das Landeskriminalamt und Spezialkräfte wie WEGA und Cobra zu entlasten.“

Die Umsetzung der Änderung erfolgte am 1. Juli 2023. Seither wird die Funktion des LKvO abwechselnd von Offizieren der Einsatzabteilung und der Stadtpolizeikommanden übernom-



Thomas Maier: „In einer Stadt wie Wien ist es leistbar und nötig, einen Bediensteten einzurichten, der die Aufgaben des LKvO vollumfänglich abdeckt.“

men. Im Schnitt ist jeder maximal einmal pro Monat an der Reihe“, erklärt Oberstleutnant Manuel Schneider, BA, leitender Beamter der Einsatzabteilung Wien, der selbst als LKvO Dienst macht. Maier beschreibt den Dienst, der jeweils um sieben Uhr früh beginnt

und 24 Stunden dauert, als „Mischung aus Plandienst, Journaldienst und Überstunden“. Dabei kann der LKvO seinen Aufenthaltsort frei wählen. Meist entscheidet er sich für seine eigene Dienststelle. Bedingung ist, dass er jederzeit verfügbar sein muss.

„In der Regel wird der LKvO vom Offizier vom Dienst als dessen ‚verlängerter Arm‘ entsandt. Möglich ist auch eine proaktive Ausfahrt des LKvO – wenn er z. B. am Funk hört, dass ein Kommandant vor Ort benötigt wird, kann er sich zur Unterstützung anbieten“, sagt Schneider.

Aufgaben. Zu den Aufgaben des LKvO zählen die Herstellung von Führungs- und Koordinationsfähigkeit bei Einsatzlagen, die eine hohe Komplexität mit sich bringen, bei Spontanlagen wie Spontandemos oder bei Schusswaffengebrauch. Dazu kommen die Errichtung einer „Besonderen Aufbauorganisation“ (BAO) sowie die Bildung von Einsatzabschnitten.

Der LKvO unterstützt die örtlich zuständigen Kräfte, vor allem den KvO. Dieser wiederum ist auch Führungsunterstützer des LKvO, da der KvO die Örtlichkeiten und seine Mitarbeiter kennt. Je nach Einsatzlage werden WEGA, Cobra, Landeskriminalamt, Landesverkehrsabteilung und Logistikabteilung eingebunden. Als Einsatzmittel stehen die „Mobile Einsatzzentrale“ und bei Bedarf z. B. Hubschrauber oder Drohnen zur Verfügung.

Evaluierung. Zur Evaluierung eines Einsatzes ist der LKvO angehalten, einen Bericht zu verfassen und an die Einsatzabteilung zu übermitteln. „Wir sehen uns an, was die typischen Einsatz-Szenarien sind, bei denen ein LKvO angefordert wird, welche Einsatzmittel verwendet werden und welche Problemstellungen sich ergeben“, erläutert Schneider.

Die Evaluierung der Einsätze hat bereits Verbesserungen zur Folge gehabt. Schneider nennt ein Beispiel: Ursprünglich hat jeder LKvO seinen eigenen Rufnamen verwendet, der allerdings außerhalb der eigenen Einheit oft nicht bekannt war. Jetzt verwendet jeder LKvO denselben Rufnamen „Delta 700“, der sich aus dem Rufnamen „Delta“ der Einsatzabteilung und



Manuel Schneider: „In der Regel wird der LKvO vom Offizier vom Dienst als dessen ‚verlängerter Arm‘ entsandt.“

der Funktion des KvO „700“ zusammensetzt. Damit herrscht Klarheit, um wen es sich handelt.

Informationsveranstaltung. „Die Einführung des LKvO bringt eine höhere Dienstbelastung für die Kollegen“, sagt Schneider. „Es ist daher wichtig zu erklären, warum es diese Funktion gibt und mit welchen Aufgaben sie verbunden ist.“ Schneider konzipierte gemeinsam mit Maier eine Informations- und Vernetzungsveranstaltung für LKvO. Ziel war es, die Bediensteten auf den neuesten Stand zu bringen.

Noch vor den ersten Einsätzen der LKvO fand die Informations- und Ver-

durchführen können. Die Möglichkeiten technischer Einsatzmittel wurden ebenfalls erläutert – etwa, wie hoch eine Polizeidrohne fliegen kann und wo sich der Drohnenpilot befinden muss. Ein Schwerpunkt lag auf der Vernetzung der Teilnehmer untereinander und mit den Vortragenden. Es ist geplant, jährlich eine Informations- und Vernetzungsveranstaltung abzuhalten, in die die Ergebnisse der Evaluierung von Einsätzen mit LKvO einfließen sollen.

Kooperation ist bei Einsätzen mit einem LKvO nicht nur zwischen den Einheiten der Polizei ein Thema, sondern auch mit Feuerwehr, Berufsrettung und anderen Organisationen, be-

Kooperation ist bei Einsätzen mit einem LKvO nicht nur zwischen den Einheiten der Polizei ein Thema, sondern auch mit anderen Organisationen

netzungsveranstaltung an zwei ganztägigen Terminen statt. Pro Termin nahmen rund 20 angehende LKvO teil. Inhalt waren Informationen über die Organisation beim Einsatz des LKvO, über eingebundene Einheiten, Einsatzmittel und das Dienstsysteem. Vertreter der eingebundenen Einheiten erklärten, über welche Personalreserven sie verfügen und welche Zugriffe sie

tont Maier. „Wir stehen zum Beispiel mit Wienstrom, Wiengas und den Wiener Linien in Kontakt“, sagt er. „Die Lagen sind organisationsübergreifend.“ Es geht darum zu klären, was diese Organisationen tun können „und was sie von uns brauchen“. Praktisch erprobt wird die Zusammenarbeit bei gemeinsamen Einsatzübungen.

Rosemarie Pexa

Betrugsmaschen immer raffinierter

Beim „Pig-Butchering“ (Schweineschlachten), dem gezielten finanziellen Ausnehmen der Opfer im Internet steigen die Betrüger und Erpresser zunehmend auf generative künstliche Intelligenz um.

In den vergangenen zwei Jahren entwickelte sich der „Pig-Butchering-Kryptowährungsbetrug“ für Betrüger zu einer immer einfacheren Methode, die den Tätern immer lukrativere Einkünfte verspricht. Das ergab eine Untersuchung der Firma *Sophos*, eines Anbieters von Cybersecurity-Lösungen.

Beim „Pig-Butchering“ („Schweineschlachten“) werden Opfer in einen Strudel gezogen, in dem sie nach und nach Tausende von Euro bezahlen, bis aus ihnen für die Täter nichts mehr herauszuholen ist. So nutzen „Sha-Zhu-Pan-Betrüger“ aus Südostasien für ihre vermeintlich auf Romantik zielenden „Pig-Butchering-Betrügereien“ ein Geschäftsmodell, das dem „Cybercrime-as-a-Service“ ähnlich ist. Dabei verkaufen die Betrüger „Sha-Zhu-Pan-Kits“ im Darknet. *Sophos* beschreibt diese Vorgänge in dem Artikel „Cryptocurrency Scams Metastasis into New Forms“. Die neuen Sets stammen von kriminellen Organisationen in China und stellen die technischen Komponenten bereit, die für die

Umsetzung eines speziellen Pig-Butchering-Programms namens „De-Fi-Savings“ benötigt werden. Die Kriminellen stellen „De-Fi-Savings“ als passive Anlagemöglichkeiten dar, die Geldmarktkonten ähnlich sind. Die Opfer müssen ihre Krypto-Wallets mit einem Maklerkonto verbinden, in der Erwartung, dass sie mit ihrer Investition beträchtliche Zinsen verdienen würden. In Wirklichkeit fügen die Opfer ihren Krypto-Wallets einem betrügerischen Handelspool für Kryptowährung hinzu, wo sie von Kriminellen geleert werden.

Betrugsmodell als Geschäft. „Als das Pig-Butchering zum ersten Mal während der Covid-19-Pandemie aufgetreten ist, waren die technischen Aspekte der Betrügereien noch relativ primitiv und es hat einen großen Aufwand bedeutet, um die Opfer erfolgreich zu täuschen“, erläutert Sean Gallagher, Principal-Threat-Researcher bei *Sophos*. „Doch die Betrüger haben ihre Techniken verfeinert und wir sehen eine ähnliche Entwicklung wie bei

Ransomware und anderen Arten von Cyberkriminalität: die Entwicklung eines As-a-Service-Modells.“

Pig-Butchering-Banden würden fertige De-Fi-App-Kits erstellen, die andere Cyberkriminelle im Darknet kaufen. Infolgedessen tauchen in Gebieten wie Thailand, Westafrika und in den USA neue Verbrecherringe auf, die nicht mit chinesischen Gruppen in Verbindung stehen. Wie bei anderen Arten von kommerzieller Cyberkriminalität senken diese Kits die Einstiegshürden für Cyberkriminelle und vergrößern den Pool an potenziellen Opfern. Im vergangenen Jahr stellte diese Methode bereits ein milliarden schweres Betrugsphänomen dar und es wird voraussichtlich weiter wachsen.

Steile Karriere des Pig-Butchering. Bei den ersten Varianten – als „Crypto-Rom“ bezeichnet – wurden die Opfer über Dating-Apps kontaktiert und dazu gebracht, betrügerische Krypto-Handelsanwendungen von Drittanbietern auf ihre Geräte herunterzuladen.

2022 fanden die Betrüger Wege, die App-Store-Prüfverfahren zu umgehen, um ihre betrügerischen Apps in den legitimen App-Store und Google-Play-Store einzuschleusen. Im selben Jahr tauchte ein neues Betrugsmuster auf: gefälschte Kryptowährungshandels-pools („Liquidity-Mining“).

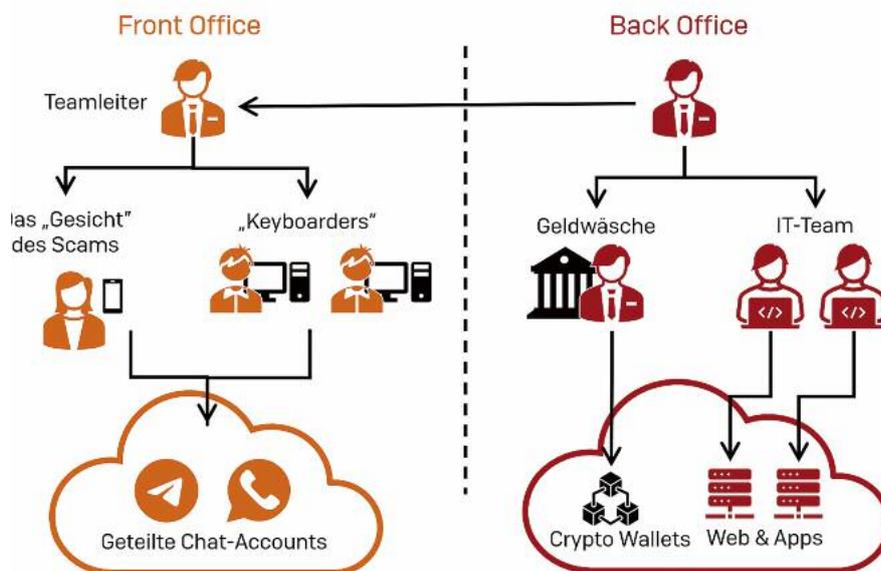
Zwei Pig-Butchering-Ringe mit Sitz in Hongkong und in Kambodscha wurden im Jahr 2023 aufgedeckt. Die Banden benützten legitime Krypto-Handels-Apps und erstellten fiktive Identitäten, um Opfer anzulocken. Weitere Untersuchungen zeigten, dass die Täter ihr Arsenal um künstliche Intelligenz erweiterten.

Ende 2023 wurde eine Liquiditäts-suche entdeckt, an der drei chinesische organisierte Verbrecherringe beteiligt waren. Die Täter hatten etwa 100 Opfer im Visier. Zum ersten Mal wurde die Verfügbarkeit von Betrugskits für das Pig-Butchering nachgewiesen.

Die Zeiten des aufwendigen Umschmeichelns der Opfer sind passé. Bei den jüngsten Pig-Butchering-Fällen haben die Betrüger alle früheren technologischen Hindernisse beseitigt und den Aufwand für das Social-Engineering deutlich verringert. Bei dem De-Fi-Saving-Betrug beteiligen sich die Opfer nun am betrügerischen Krypto-Handel über legitime, bekannte Kryptowährungs-Apps und gewähren den Betrügern (unwissentlich) direkten Zugriff auf ihre Geldbörsen. Darüber hinaus können die Betrüger das Wallet-Netzwerk verbergen, das die gestohlenen Kryptowährungen wäscht, was es den Strafverfolgungsbehörden erschwert, den Betrug zu verfolgen.

„Der De-Fi-Saving-Betrug ist der Höhepunkt der vergangenen zwei Jahre, in denen die Pig-Butchering-Betrüger ihr Vorgehen verfeinert haben“, sagt Gallagher. „Vorbei sind die Zeiten, in denen die Betrüger ihre Opfer überzeugen haben müssen, eine App herunterzuladen oder die Kryptowährung selbst in eine gestohlene digitale Geldbörse zu transferieren.“ Die Täter hätten auch gelernt, wie sie ihre

Typische Struktur einer Pig-Butchering-Bande



Machenschaften besser vermarkten können. Sie nutzen die Funktionsweise von Liquiditäts-Mining-Pools, um Gelder zu stehlen, indem sie den Opfern erzählen, es handle sich um ein einfaches Anlagekonto. Die Opfer sind dadurch einfacher zur Investition zu bewegen, da die meisten den Handel mit Kryptowährungen nicht verstehen und alles unter dem Deckmantel vertrauenswürdiger Marken geschieht.

„Noch nie war es so einfach, Opfer eines Pig-Butchering-Betrugs zu werden, und noch nie war es so wichtig, sich der Existenz dieser Betrügereien bewusst zu sein und zu wissen, worauf man achten muss“, betont Sean Gallagher.

Pig-Butchering-Betrug verhindern.

Um zu verhindern, Opfer eines Pig-Butchering-Betrugs zu werden, empfiehlt *Sophos*:

- Skeptisch gegenüber Fremden sein, die sich über soziale Netzwerke wie *Facebook* oder per SMS melden – vor allem dann, wenn sie das Gespräch schnell in einen privaten Messenger wie *WhatsApp* verlegen wollen.
- Dies gilt auch für neue Matches auf Dating-Apps und insbesondere dann, wenn der Fremde beginnt, über den Handel mit Kryptowährungen zu sprechen.

- Misstrauisch sein gegenüber allen „Schnell-reich-werden-Angeboten“ oder Kryptowährungs-Investitionsmöglichkeiten, die große Gewinne in kurzer Zeit versprechen.
- Sich mit den Verlockungen und Taktiken von Romantik- und Anlagebetrügereien vertraut machen. Non-Profit-Organisationen wie das Cybercrime-Support-Network bieten dafür Informationen.
- Mögliche Pig-Butchering-Opfer sollten sofort alle Gelder aus den betroffenen Geldbörsen abheben und die Strafverfolgungsbehörden kontaktieren.

Die Geschichte des Pig-Butchering in den vergangenen zwei Jahren

2021: Die ersten gefälschten „Crypto-Rom-Handelsapps“ tauchen auf.

2022: Eine neue Methode taucht auf, wobei die Opfer veranlasst werden, die gefälschten Apps auf ihre iOS-Geräte herunterzuladen.

2023: Die ersten gefälschten Apps für Crypto-Rom-Systeme werden im Apple-App-Store entdeckt. Die Pig-Butchering-Betrüger verwenden jetzt generative künstliche Intelligenz.

2024: Das bisher technisch ausgefeiltste Pig-Butchering wird aufgedeckt: der „De-Fi-Saving-Betrug“. Mehr darüber auf: www.sophos.com.

Antisemitismus bei jungen Menschen

Eine Sonderauswertung der Antisemitismusstudie 2022 des Parlaments zeigt, junge Menschen aus einem türkisch- oder arabischsprachigen Land halten antisemitische Aussagen öfter für zutreffend.

Alle zwei Jahre werden im Auftrag des Parlaments antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung untersucht. Um Antisemitismus bei jungen Menschen näher zu beleuchten, wurde nun laut *Parlamentskorrespondenz* eine Sonderauswertung der Antisemitismusstudie 2022 durchgeführt. Demnach zählen der Hang zu Verschwörungsmysmen, das Wissen über jüdisches Leben und das Geschlecht zu den stärksten Einflussfaktoren von Antisemitismus bei Menschen bis 25 Jahren.

Den Bericht hat das *Institut für empirische Sozialforschung (IFES)* erstellt. Nationalratspräsident Mag. Wolfgang Sobotka und *IFES*-Geschäftsführerin und Studienautorin Dr. Eva Zeglovits stellten die Ergebnisse vor. „Antisemitismus ist zutiefst antidemokratisch“, betonte der Nationalratspräsident. Deshalb engagiere sich das österreichische Parlament seit vielen Jahren in der Bekämpfung von antisemitischen Einstellungen. „Neben Gedenkveranstaltungen haben wir etwa den



Wolfgang Sobotka: „Besuch von Gedenkstätten und Gespräche mit Zeitzeugen sind wirkungsvoll.“

Simon-Wiesenthal-Preis für zivilgesellschaftliches Engagement gegen Antisemitismus ins Leben gerufen oder bieten Workshops in der Demokratiewerkstatt des Parlaments in diesem

Bereich an“, erläuterte Sobotka. Auch mit der vorliegenden Studie wolle man einen Beitrag leisten.

Antisemitismus komme heute nicht mehr nur von rechts, sagte der Nationalratspräsident. Mittlerweile gebe es auch den linken, israelbezogenen Antisemitismus sowie einen migrantischen Antisemitismus. Es gehe ihm aber nicht darum, mit dem Finger auf bestimmte Gruppen zu zeigen. Wichtig sei die Frage, welche Maßnahmen notwendig seien, um gegenzusteuern. Es habe sich gezeigt, dass Bildung und Wissen bedeutende Faktoren seien. Sobotka führte den Besuch von Gedenkstätten und Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen als wirkungsvolle Beispiele an – insbesondere in Schulen.

Noch nicht eingerechnet: Vorkommnisse des 7. Oktober 2023. Der Nationalratspräsident betonte, dass die Erkenntnisse auf Daten aus dem Jahr 2022 basieren. Die Vorkommnisse seit dem 7. Oktober 2023 hätten zusätzlichen Handlungsbedarf aufgezeigt. So

botka kündigte eine neuerliche Studie in gleicher Form an. Diese sei bereits beauftragt. Die Befragung soll im Sommer erfolgen, Ergebnisse wolle man im Oktober präsentieren.

Zentrale Ergebnisse. Junge Menschen sind nicht generell antisemitischer oder weniger antisemitisch eingestellt als die Gesamtbevölkerung. Das zeigte die Sonderauswertung der Antisemitismusstudie. Beeinflusst wird Antisemitismus bei jungen Menschen vom Hang zu Verschwörungsmäthen, vom Wissen, vom Geschlecht und der Religiosität.

Je eher jemand Verschwörungsmäthen glaubt, desto eher hält er oder sie auch antisemitische Aussagen für zutreffend. Beim Faktor Wissen gilt: Je mehr jemand über den Holocaust, Israel und das jüdische Leben weiß, desto weniger hält sie oder er antisemitische Aussagen für zutreffend. Junge Männer halten antisemitische Aussagen öfter für richtig als junge Frauen. Je stärker die Religiosität, desto häufiger halten junge Menschen antisemitische Aussagen für zutreffend. Dieser Effekt war allerdings nur für junge Menschen islamischen Glaubens zu beobachten, nicht für junge Menschen katholischen Glaubens. Zu anderen Religionsgemeinschaften können aufgrund der zu geringen Fallzahl keine Aussagen getroffen werden.

Personen mit Migrationshintergrund. In der „Zusatzstichprobe“, ebenfalls aus dem Jahr 2022 (bestehend aus Personen mit Migrationshintergrund aus einem türkisch- oder arabischsprachigen Land) halten junge Menschen antisemitische Aussagen häufiger für zutreffend als in der Gesamtstichprobe. Junge Menschen in Wien stimmten antisemitischen Aussagen häufiger zu als der Durchschnitt in Österreich.

Studienautorin Eva Zeglovits betonte bei der Präsentation, dass die Zusatzstichprobe nur einen Teil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund



Antisemitismusstudie 2022 wurde noch einmal ausgewertet

abbilde. Man habe bewusst auf jene Herkunftsländer abgezielt, zu denen aus internationalen Studien eine hohe Tendenz zu Antisemitismus bekannt war.

Methode der Studie. In der Antisemitismusstudie 2022 wurde die Zielgruppe der jungen Menschen (bis 25 Jahre) in der Stichprobe aufgestockt, um bessere Einblicke in diese Gruppe zu bekommen. Diese Daten wurden nun gesondert ausgewertet, mit besonderem Blick auf jene Gruppen, wo es eine hohe Zustimmung zu antisemitischen Aussagen gab. Aufgrund der kleineren Stichprobe von 395 Befragten ist die Standardabweichung hoch. Auch aus der Zusatzstichprobe von Personen mit Migrationshintergrund aus einem türkisch- oder arabischsprachigen Land wurden die Ergebnisse für junge Menschen gesondert ausgewertet. Hier waren 215 junge Leute befragt worden. Hier war die Standardabweichung noch höher. Auch zeitlich gibt es eine Einschränkung: Es wurden Daten aus dem Herbst 2022 interpretiert, also aus einer Erhebung vor dem

7. Oktober 2023, dem Angriff der Hamas aus dem Gaza auf Israel bzw. den Entwicklungen im Nahen Osten seither.

Die Sonderauswertung der Antisemitismusstudie 2022 ist im Webportal des Parlaments abrufbar.

Mit Studien wie dieser sollen nicht nur Problemstellen erkannt werden, sondern daraus sollen auch Maßnahmen abgeleitet werden. Daher hat die Parlamentsdirektion in der „Demokratiewerkstatt“ einen neuen Workshop mit dem Titel „Tacheles reden. Verstehen verbindet“ ins Leben gerufen. Die vierstündigen Workshops sollen das Bewusstsein für die Gefahren des Antisemitismus in der Gesellschaft und der Demokratie schärfen und dazu ermutigen, bei Bedarf „aufzustehen“. Teil des Workshops ist das Forschen in der Dauerausstellung in der Parlamentsbibliothek „Tacheles reden. Antisemitismus: Gefahr für die Demokratie“. Das Angebot richtet sich an Jugendliche ab der neunten Schulstufe. Der erste Workshop fand am 20. Juni 2024 statt.

Drogenkonsum auf hohem Niveau

Österreich bleibt ein „Hochkonsumland“ bei Alkohol, neue Nikotinprodukte im Vormarsch und erneut mehr tödliche Überdosierungen illegaler Substanzen – das sind Ergebnisse aus Drogen-Berichten.

Die in Österreich am häufigsten konsumierte illegale Substanz ist Cannabis. Konsumerfahrungen beschränken sich aber meist auf einen kurzen Lebensabschnitt. Daten aus dem „Drug-Checking“ und aus Sicherstellungen weisen darauf hin, dass in Österreich Cannabis zum Teil mit synthetischen Cannabinoiden versetzt wird. Der Konsum synthetischer Cannabinoide ist mit großen Gefahren verbunden.

Das geht aus dem „Epidemiologiebericht Sucht 2023“ hervor und aus dem „Bericht zur Drogensituation 2023“. „Der Konsum von Tabak, Alko-



Martin Busch:
„Trends der letzten Jahre haben sich verfestigt.“

Anteil von Personen mit der „Leitdroge Kokain“ auf niedrigem Niveau ebenfalls leicht an.

Jahre verfestigen und uns zunehmend vor neue Herausforderungen stellen.“

Der Kokainkonsum nimmt in Österreich zu. Während der Preis gesunken ist, ist die Reinheit gestiegen. Im Behandlungsbereich steigt der

größte Teil drogenspezifischer Behandlungen Menschen mit Opioidproblemen betreffen. Von Opioidabhängigkeit sind vorwiegend Männer (75 %) betroffen, Menschen ab 25 Jahren (90 %) und Menschen in Ballungszentren. Etwas weniger als die Hälfte der Abhängigen lebt in der Bundeshauptstadt Wien.

Schätzungen gehen davon aus, dass in Österreich 35.000 bis 40.000 Menschen einen risikoreichen Opioidkonsum aufweisen. Insgesamt ist derzeit von einer stabilen Situation auszugehen „Die Daten aus dem Drogenmonitoring zeigen bei den unter 25-Jährigen weiterhin eine stagnierende Zahl an Einsteigerinnen und Einsteigern und es fehlen derzeit Anzeichen einer Verlagerung hin zu anderen Substanzen. „Darüber hinaus sehen wir eine kontinuierliche Alterung der Personengruppe mit risikoreichem Opioidkonsum aufgrund der verbesserten therapeutischen Versorgung“, erläutert Suchtexperte Martin Busch.

Über die Hälfte der Personen mit risikoreichem Opioidkonsum befinden

35.000 bis 40.000 Menschen in Österreich weisen einen risikoreichen Opioidkonsum auf

hol und illegalen Drogen in Österreich ist auf hohem Niveau stabil“, sagt Dr. Martin Busch, Leiter des *Kompetenzzentrums Sucht* an der *Gesundheit Österreich GmbH (GÖG)*. „Die aktuellen Auswertungen zeigen, dass sich Entwicklungen und Trends der letzten

Der risikoreiche Drogenkonsum wird in Österreich vor allem vom Opioidkonsum (z. B. Heroin) dominiert, zumeist als Mischkonsum in Verbindung mit anderen legalen und illegalen Substanzen. Das zeigt sich unter anderem dadurch, dass der weitaus

sich in drogenspezifischer Behandlung, großteils in Opioidsubstitutionsbehandlung. Für Martin Busch ist das ein Erfolg der österreichischen Suchthilfe: „Es ist in den letzten Jahrzehnten gelungen, die Behandlungsrate von opioidabhängigen Personen massiv zu erhöhen. 2022 haben sich 20.644 Personen in Opioidsubstitutionsbehandlung befunden, 2021 waren es 20.138.“ Dennoch sei es notwendig, die Behandlungsquote weiter zu erhöhen. Sie stagniere seit Mitte der 2010er-Jahre.

Fast alle verfügbaren Daten aus dem Drogenmonitoring weisen auf eine relativ stabile Drogensituation hin. Es handelt sich um Daten aus Opioidsubstitutionsbehandlungen, aus Einrichtungen der Drogenhilfe, gesundheitsbezogene Maßnahmen, Daten aus Anzeigen nach dem Suchtmittelgesetz und Spitalsentlassungen. Diese stabile Lage zeigt sich im Anteil der Personen im Alter unter 25 Jahren. Dieser stagniert seit Jahren.

Tödliche Überdosierungen. Eine Datenquelle spiegelt diesen Trend nicht wider: Im Jahr 2022 waren insgesamt 248 tödliche Überdosierungen zu verzeichnen. Damit setzte sich der Anstieg gegenüber dem Vorjahr zwar leichter, aber dennoch weiter fort (2021: 235, 2020: 191, 2019: 196, 2018: 154). Ebenso gestiegen ist der Anteil der unter 25-Jährigen an allen Überdosierungen (von 18 % im Jahr 2018 auf derzeit 27 %).

Für Busch erlaubt die derzeitige Datenlage keine verlässliche Aussage über die Ursachen. Als Erklärung würden sich verschiedene Hypothesen bzw. eine Kombination anbieten.

Nach wie vor könnte es sich bei dieser Entwicklung um Nachwirkungen der Corona-Pandemie handeln, von der einige Gruppen – eben etwa suchtkranke Menschen – besonders betroffen waren. Das war etwa in Form von erhöhter Einsamkeit der Fall, von eingeschränkter Verfügbarkeit von Unterstützungs- und Hilfsangeboten etc. Eine weitere Ursache könnte in der ge-



Cannabis ist immer noch das am häufigsten konsumierte illegale Suchtmittel in Österreich; das schlägt sich auch in den Sicherstellungen der Polizei nieder

stiegenen Reinheit der Substanzen liegen, die auch das Risiko für Überdosierungen erhöht. Hier ist hervorzuheben, dass sich die Substanzgruppen bzw. -kombinationen im Wesentlichen nicht verändert haben: Weiterhin dominieren Todesfälle, bei denen (auch) Opioide festgestellt wurden. *Neue Psychoaktive Substanzen (NPS)* und starke Schmerzmittel wie Fentanyl bleiben Einzelfälle.

Im ungünstigsten Fall, sagt Busch, könnte es „ein Hinweis darauf sein, dass sich die Drogensituation bei den Jüngeren verschärft hat“. Also, dass es wieder mehr Jugendliche und junge Erwachsene gibt, die vom risikoreichen

pen (noch) keinen Kontakt zum Drogenbehandlungssystem gefunden haben.

Österreich, ein „Raucherland“. „Im Bereich der Tabakprodukte und verwandter Erzeugnisse verlagert sich die Suchtproblematik speziell bei Jugendlichen hin zu neuen Nikotinprodukten“, erläutert Martin Busch. „Der durchschnittliche Pro-Kopf-Konsum von Alkohol geht in Österreich bereits seit den 1970er-Jahren zurück – allerdings langsamer als in vielen anderen Ländern.“ Vor allem junge Männer würden deutlich weniger Alkohol trinken als ihre Vorgängergenerationen.

Der Konsum synthetischer Cannabinoide ist mit großen Gefahren verbunden

Opioidekonsum und/oder durch besonders riskanten Konsum betroffen seien.

Diese Entwicklungen spiegeln sich bisher nicht in den vorliegenden drogenspezifischen Behandlungszahlen wider. Es könnte sein, dass diese Grup-

pen im Bereich der illegalen Drogen zeigten sich zwar kaum Veränderungen im Konsumverhalten, allerdings sei „eine Zunahme tödlicher Überdosierungen und eine Zunahme des Anteils junger Verstorbener zu beobachten“, erklärt der Suchtexperte.

Weniger Tabak. Das Rauchen ist nach wie vor die am weitesten verbreitete Sucht in Österreich. Etwa jede und jeder Fünfte (21 %) gibt an, täglich zu rauchen. Trotz eines Rückgangs des Zigarettenkonsums liegt Österreich noch immer über dem europäischen Durchschnitt. In den letzten Jahren ist ein Konsumrückgang bei Jugendlichen zu verzeichnen: Bei den 15-Jährigen ist der Anteil der Raucher zwischen 2003 und 2019 von 30 auf 12 Prozent gesunken.

Das Rauchen (inklusive das Passivrauchen) ist gemäß aktuellen wissenschaftlichen Schätzungen für 16 Prozent aller Todesfälle in Österreich verantwortlich. Frauen rauchen nach wie vor etwas seltener und im Durchschnitt weniger Zigaretten pro Tag als Männer, ihr Rauchverhalten hat sich jedoch jenem von Männern über die Jahrzehnte angeglichen. Diese Entwicklung hinsichtlich der Geschlechterverteilung zeigt sich zeitverzögert auch bei der Entwicklung der Todesfälle aufgrund von Bronchialkarzinomen.

Laut der Befragung zum Substanzgebrauch 2022 denkt jede zweite Raucherin bzw. jeder zweite Raucher (51 %) darüber nach, wie sie oder er mit dem Rauchen aufhören könnte. Weitere zehn Prozent haben bereits einen konkreten Entschluss gefasst. „Man müsste die Betroffenen dabei unterstützen, das zu erreichen, was sie sich vorgenommen haben“, erklärt Suchtexperte Martin Busch.

Mehr neue Nikotinprodukte. Der Konsum neuer Nikotinprodukte nimmt zu. Diese werden kontrovers diskutiert. Einerseits sind sie für manche die Einstiegssubstanz in den Nikotinkonsum als „Life-Style-Produkt“, andererseits wird behauptet, dass sie hilfreich beim Rauchausstieg sein könnten, was von den Suchtexpertinnen und -experten kritisch gesehen wird. Die Zahl der



Österreich bleibt beim Alkohol ein „Hochkonsumland“: Fast alle Österreicherinnen und Österreicher kennen Bier & Co

Jugendlichen, die in den täglichen Zigarettenkonsum einsteigen, sinkt zwar; der tägliche Konsum vor allem von Nikotinbeutel und E-Zigaretten steigt hingegen.

So rauchen gemäß einer aktuellen Umfrage zwar nur vier Prozent der 15-Jährigen täglich Zigaretten, allerdings konsumieren weitere drei Prozent täglich Nikotinbeutel. Berücksichtigt man den täglichen Konsum von E-Zigaretten, landet man

bei acht Prozent, die zumindest eines der Produkte täglich konsumieren (Zigaretten, E-Zigaretten, E-Shishas oder Nikotinbeutel). Es besteht die Gefahr, dass der Anstieg bei den neuen Niko-



Julian Strizek: „15 Prozent der Menschen in Österreich trinken in einem gesundheitsgefährdenden Ausmaß.“

tinprodukten den Rückgang beim Zigarettenkonsum kompensiert und es künftig dadurch wieder mehr Menschen mit Nikotinabhängigkeit gibt.

Alkohol. Der Konsum von Wein, Bier und Schnaps geht langfristig zurück. Österreich bleibt aber im Länder-

vergleich Hochkonsumland. „Alkohol ist nach wie vor jene psychoaktive Substanz, mit der in Österreich die meisten Menschen Erfahrungen machen“, betont Mag. Julian Strizek, Gesundheitsexperte im *Kompetenzzentrum Sucht* an der *Gesundheit Österreich GmbH*. „Etwa 15 Prozent der Menschen in Österreich trinken in einem gesundheitsgefährdenden Ausmaß.“ Das sei ein Verhalten, das bei Männern (19 %) knapp doppelt so häufig feststellbar sei als bei Frauen (11 %).

Außerdem, sagt Strizek, nimmt der problematische Konsum mit steigendem Alter zu und ist zwischen 40 und 70 Jahren am häufigsten.

Auch bei den Jugendlichen zeigt sich wie in vielen anderen EU-Ländern ein Rückgang des Alkoholkonsums. „Männliche Jugendliche trinken seltener und weniger als vor 20 Jahren“, sagt Strizek, „wobei sich das Trinkverhalten von männlichen und weiblichen Jugendlichen nach und nach annähert.“

Trotzdem sei der Alkohol auch bei Jugendlichen weit verbreitet. Etwa sechs von zehn Jugendlichen geben an, in den letzten 30 Tagen Alkohol getrunken zu haben. Etwa drei bis sechs Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren trinken laut der *ESPAD-Befragung (European School Survey Project on Alcohol and Other Drugs)* von 2019 in einem riskanten Ausmaß. Aktuelle Daten zum Konsumverhalten werden derzeit in einer großangelegten Schülerbefragung erhoben.

Für Julian Strizek lassen sich auch positive Entwicklungen bezüglich Alkoholkonsum beobachten: „Der problematische Konsum ist längerfristig rückläufig, ebenso der Pro-Kopf-Konsum, sowie die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle.“

Langfristig geht der Konsum von Alkohol allmählich zurück

Phishing ist Hauptrisikofaktor

Jeder sechste Cyberangriff auf ein Unternehmen in Österreich ist erfolgreich laut einer Cybersecurity-Studie des *KSÖ (Kompetenzzentrum Sicheres Österreich)* und des Beratungsunternehmens *KPMG*.

Mit einem Plus von 119 Prozent hat sich die Zahl der Deepfakes in Österreich von 2023 auf 2024 verdoppelt. Das ist eines der Ergebnisse der von *KPMG* und dem *Kompetenzzentrum Sicheres Österreich (KSÖ)* heuer zum neunten Mal erstellten Studie „Cybersecurity in Österreich“. Auch heuer wurden die Wien-Zahlen gesondert erhoben. „Die genaue Analyse der zunehmenden Cyberbedrohungen ist für die *Wirtschaftskammer Wien* als Interessenvertretung der Wiener Unternehmen wichtig“, betont Martin Heimhilcher, Obmann der Sparte Information und Consulting der WK Wien. „Österreichweit war jeder sechste Cyberangriff erfolgreich. Im Jahr davor war es nur jeder zehnte“, erläutert Robert Lamprecht, Partner *Cybersecurity & Crisis Management KPMG*.

Top fünf Angriffsziele. Die erstmals erhobene Miss- und Desinformation schaffte es unter die Top fünf der Angriffsarten in Wien. Das ist besonders

im Hinblick auf das „Superwahljahr“ 2024 entscheidend. Die ersten beiden Plätze blieben gleich: Das Phishing (E-Mail-Link) ist nach wie vor an der Spitze und stieg um sechs Prozent auf 88 Prozent. Malware, schädliche E-Mail-Anhänge, folgen mit einem Plus von drei Prozent (85 %). CEO-/CFO-Fraud – Angreifer behaupten, sie seien der Firmenchef und überzeugen Angestellte, ihnen Geld zu überweisen oder vertrauliche Informationen zukommen zu lassen – kam von Platz vier im Vorjahr auf Platz drei mit einem Plus von sieben Prozent (51 %). Die vierthäufigste Angriffsform ist „Social Engineering.“ Es setzt auf den größten Risikofaktor im Falle von Cyberangriffen – den Menschen. Die Täter verleiten ihre Opfer durch Überzeugtheit.

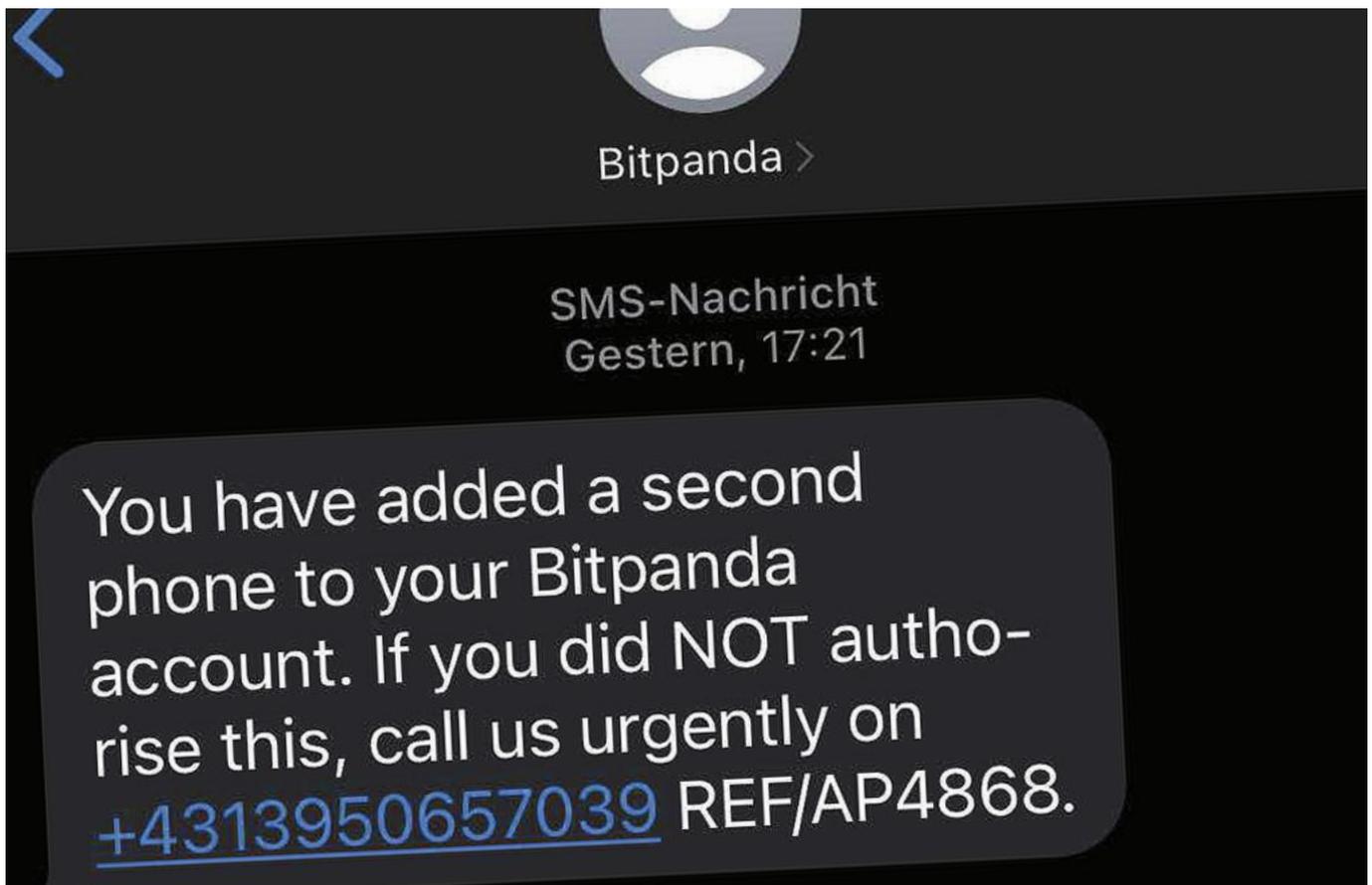
„**Es ist weniger die Frage, ob** es ein Unternehmen erwischt, sondern viel eher, *wann* es Opfer eines Cyberangriffs werden wird“, warnt Heimhilcher. 59 Prozent (71.800) der Betriebe in Wien sind Ein-Personen-Unternehmen (EPU), 78 Prozent der Wiener

Klein- und Mittelunternehmen (KMU) verfügen über einen bis maximal neun Mitarbeiter. Das bedeutet, dass die meisten Unternehmen in Wien über keine eigene IT-Abteilung verfügen.

„Die Unternehmer brauchen unbedingt einen IT-Dienstleister ihres Vertrauens an der Seite, den sie im Fall einer Cyberattacke kontaktieren können. Im besten Fall hat dieser den Angriff bereits aus der Ferne online entdeckt und vereiteln können“, sagt Heimhilcher. In Wien gibt es derzeit rund 12.000 IT-Dienstleister, von denen 312 auf IT-Security spezialisiert sind.

Der Schmah der Betrüger. „In Wien hat das Social Engineering den größten Zuwachs erlebt, mit 23 Prozent“, erklärt Robert Lamprecht. Dabei wird ein intensiver Kontakt zu einer Person im Unternehmen aufgebaut. Die daraus resultierende persönliche Verbindung ist oft der Beginn eines Angriffs.

Bei 44 Prozent der befragter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kam es nach einem Angriff zu einer Betriebs-



Cybercrime allgemein und Phishing im Besonderen ist zum Risikofaktor Nummer eins für Unternehmen geworden

unterbrechung von ein bis zwei Wochen. So lange dauerte es, bis der Vorfall komplett aufgearbeitet werden konnte. „Ein derartiger Stillstand kann die Existenz des Unternehmens gefährden“, warnt Heimhilcher.

Jedes zweite Unternehmen hat bereits einen „Retainer“ – eine vertragliche Vereinbarung mit garantierten Reaktionszeiten. Ein Viertel der befragten Unternehmen (27 %) hatte jedoch Probleme, einen externen Dienstleister zu finden.

17 Prozent haben bereits eine Cybersecurity-Versicherung abgeschlossen. Das ist ein Plus von acht Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Cybersecurity-Versicherung und Cybersecurity-Hotline. „Cybercrime rückt bei den Unternehmen stärker ins Bewusstsein“, sagt Heimhilcher. „Das sieht man auch an der steigenden Anzahl der Versicherungen.“ Hier sind Unternehmen gut beraten, den Versi-

cherungsmakler ihres Vertrauens zu kontaktieren, um das für den Betrieb passende Produkt am Versicherungsmarkt zu finden. Darüber hinaus gibt es ein Cyberversicherungsprodukt mit besonderen Bedingungen, in das die Erfahrungswerte der *Wirtschaftskammer (WK) Wien* aufgrund der Mitglie-

derkontakte und der bekannt gegebenen Problematiken eingeflossen sind. Die Mitgliedsbetriebe der *WK Wien* zahlen für diese – im Falle eines Cyberangriffs – den halbierten Selbstbehalt. „So machen wir Wiener Unternehmen cybersicher“, betont Heimhilcher.

Seit 2017 können von einem Cyberangriff betroffene Unternehmen, die keinen IT-Dienstleister an ihrer Seite haben, die Cybersecurity-Hotline der *WKO* unter der Nummer 0800 888 133 wählen – 24 Stunden am Tag, sieben

Tage die Woche. Nach einer kostenlosen Erstauskunft wird auf Wunsch der Kontakt zu einem auf Cybersecurity spezialisierten IT-Dienstleister in der Nähe des Unternehmens hergestellt.

Digitale Brandschutzübung. In der aktuellen Studie der *KPMG* ließ sich

Cybercrime rückt bei den Unternehmen stärker ins Bewusstsein

keine Branche finden, die derzeit besonders betroffen wäre. Eine besondere Schwachstelle für Cyberattacken ist nach wie vor der Mensch. Auf jeden Einzelnen prasseln täglich viele Informationen auf vielen verschiedenen Kanälen ein. Hier kommt der Faktor Zeit ins Spiel: Zeit nehmen, analysieren und dann erst agieren. „Wir müssen die digitale Brandschutzübung machen“, ist Lamprecht überzeugt: „Damit wir wissen, was wir zu tun haben, wenn etwas passiert.“

Treuer Diener Metternichs

Peter Edler von Muth wurde 1845 Polizeioberdirektor in Wien. Er war ein kompromissloser Umsetzer des Metternich'schen Polizeisystems. Nach Ausbruch der Revolution musste er 1848 zurücktreten.

Nachdem Wiens Polizeioberdirektor Josef von Amberg 1845 von seinem Amt abberufen und zur Polizei- und Zensur-Hofstelle in die Herrengasse versetzt worden war, folgte ihm der Jurist Peter Edler von Muth am 25. Jänner 1845 als Polizeichef in Wien nach. Muth hatte sich bereits als Polizeichef in Brünn und Prag als loyaler und eifriger Umsetzer der autoritären Politik des Staatskanzlers Klemens Wenzel Lothar Fürst von Metternich-Winneburg zu Beilstein erwiesen und ging energisch gegen demokratisch und liberal gesinnte Bürger vor. Als Polizeioberdirektor sollte er auch in Wien dafür sorgen, revolutionäre Bestrebungen im Keim zu ersticken.

Peter Muth wurde am 7. März 1784 in Wien als Sohn eines Schnallenmachers geboren. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Wien und trat 1806 als Konzeptspraktikant in den Dienst der Polizeidirektion Wien ein.

Muth machte früh Karriere im Polizeidienst. Als Oberkommissär leitete



Peter von Muth, Wiens Polizeioberdirektor 1845 bis 1848

er die Bezirks-Polizeidirektion Landstraße. Mit Allerhöchster Entschliebung vom 16. Oktober 1817 wurde er zum Gubernialrat und Polizeidirektor von Brünn ernannt. In dieser Funktion war er mitverantwortlich für die Ausrichtung des Fürstenkongresses von Oktober bis Dezember 1820 in Troppau (Opava, Tschechien). Staatskanzler Metternich hatte die Monar-

chen der fünf europäischen Großmächte zum Fürstenkongress eingeladen, um eine gemeinsame Intervention der Großmächte in umsturzgefährdeten Ländern zu beschließen. Auslöser waren die Aufstände in Neapel im Juli 1820. Österreich und Russland waren durch die Kaiser Franz I. und Alexander I. vertreten, Preußen durch den Kronprinzen Friedrich Wilhelm. Aus Großbritannien und Frankreich kamen Gesandte zum Kongress. Die Monarchen aus Österreich, Russland und Preußen unterzeichneten am 19. November 1820 ein Protokoll, bei aufkeimenden Revolutionen gemeinsam einzugreifen und diese zu unterdrücken. Großbritannien protestierte gegen die Vereinbarung.

Peter von Muth erwarb sich Verdienste unter anderem bei der Bekämpfung der Cholera 1830/31 und bei der Bekämpfung der „Maschinenstürmer“ in Brünn. Aufgrund seiner Verdienste für das Kaisertum Österreich wurde Muth 1835 mit dem Prädikat „Edler von“ in den Adelsstand erhoben und 1836 zum Hofrat ernannt.

1837 wurde er Stadthauptmann von Prag. Muths staatspolizeiliche Tätigkeit ging über Prag hinaus. Er ließ auch in anderen Städten des Deutschen Bundes liberale Kräfte gezielt bespitzeln.

Fünf Wochen nach Muths Amtsantritt als Polizeioberdirektor in Wien starb Kaiser Franz I. und sein Sohn Ferdinand I. folgte ihm am 2. März 1835 nach. Da Ferdinand (genannt „der Gütige“) körperlich und geistig beeinträchtigt war, erfolgten die Entscheidungen im Namen Ferdinands von der „Geheimen Staatskonferenz“. Dieses Gremium bestand aus Ferdinands Bruder Erzherzog Franz Karl, Staatskanzler Metternich sowie dem für die Innenpolitik zuständigen Staatsminister Franz Anton Graf von Kolowrat-Liebsteinsky, der im Gegensatz zu Metternich liberal gesinnt war.

Der Staatskanzler galt faktisch als oberster Entscheidungsträger in der Habsburg-Monarchie und Peter Muth ging im System des Metternich'schen Unterdrückungsstaats in der Residenzstadt Wien energisch gegen demokratisch und liberal gesinnte Bürger vor.

Noch im Jahr seiner Ernennung zum Polizeioberdirektor 1845 hatte es Muth mit einem Geldfälscher-Skandal zu tun, der das Kaiserhaus erschütterte. Der geniale Techniker, Erfinder und Unternehmer Peter von Bohr, Berater des Kaisers, Freund Metternichs, Förderer junger Künstler und Wissenschaftler und Mitgründer großer, heute noch bestehender Institutionen wie die Nationalbank, die *Erste Österreichische Sparcasse* und die *Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft*, wurde im Oktober 1845 wegen Fälschung von Gulden-Scheinen überführt und verhaftet. Kaiser Ferdinand I. ließ daraufhin eine Nachrichtensperre verhängen und Bilder und Dokumente über Bohr entfernen. Polizeirat Rudolph von Felsenthal, der von Muth mit diskreten Ermittlungen beauftragt worden war, bezeichnete Peter von Bohr als den „vielleicht größten Fälscher, der je gelebt hat“.

Das „System Metternich“ mit Polizeistaat, Zensur, Unterdrückung jeder

Freiheitsregung sowie revolutionäre Strömungen in anderen europäischen Ländern, Teuerung, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und der Hungerwinter 1847/48 führten in Wien zur Revolution. Am 13. März 1848 stürmten Studenten das niederösterreichische Ständehaus in der Herrengasse.

Sie forderten die Mitwirkung des Volkes an der Regierung, die Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren, die Selbstverwaltung der Gemeinden, die Aufhebung der Zensur und des Untertanenverhältnisses der Bauern, die Einführung bürgerlicher Grundrechte, Presse-, Lehr- und Lernfreiheit sowie die Gleichstellung der Konfessionen. Die Studenten wurden von Arbeitern aus den Vorstädten unterstützt. Erzherzog Albrecht, Kommandant der Armee in Niederösterreich, ließ auf die Auführer schießen, es gab die ersten Toten. Bei einem Schusswechsel am Abend vor dem Gebäude der Polizeidirektion wurden zwei Angehörige der vom Wiener Bürgermeister zum Schutz der Polizeidirektion entsandten Bürgermiliz von Militär-Polizeiwachmännern getötet – trotz Schießverbot.

Die Regierung warf Muth Versagen beim Einschreiten der Polizei vor. Er sei auf die Ereignisse nicht ausreichend vorbereitet gewesen. Am Tag zuvor habe er noch versichert, dass alle notwendigen polizeilichen Vorkehrungen gegen mögliche Unruhen getroffen worden seien. Muth wurde noch am 13. März 1848 als Wiener Polizeichef abgesetzt und pensioniert. Er war der erste hohe Funktionsträger in der inneren Sicherheit, der gehen musste. Am Abend des 13. März trat Staatskanzler Metternich zurück; er flüchtete nach London und kehrte erst 1851 nach Wien zurück. „Polizeiminister“ Joseph Graf Sedlnitzky, Präsident der Obersten k. k. Polizei und Zensurhofstelle, verzichtete vier Tage später auf sein Amt. Die Polizei- und Zensurhofstelle wurde am 28. März 1848 aufgelöst und die polizeilichen Agenden gingen an das neu geschaffene Innenministerium über, das



Polizeioberdirektion am Petersplatz in Wien zur Revolutionszeit im Jahr 1848

im Gebäude der Böhmisches Hofkanzlei am Judenplatz untergebracht war. Wiens Bürgermeister Ignaz Czapka von Winstetten verlor ebenfalls ein Amt und verließ die Stadt. 1850 wurde er wieder in den Wiener Gemeinderat gewählt und am 6. Mai 1856 bestellte ihn Gendarmeriegründer und Polizeiminister Johann Freiherr Kempfen von Fichtenstamm zum Polizeidirektor in Wien.

Peter von Muths Nachfolger als Polizeioberdirektor in Wien wurde August Martinez, der im Revolutionsjahr nicht lange im Amt blieb. Hofrat Peter von Muth, Ehrenbürger von Prag und Brunn, war auch als Schriftsteller tätig. Er starb am 9. September 1855 in Vor-

derbrühl an der Cholera. W. S.

Quellen/Literatur:

Babnik, Elisabeth: Muth, Peter von. In: *Neue Deutsche Biographie (NDB). Band 18, Duncker & Humblot, Berlin 1997, S. 648 f.*

Marx J.: Muth, Peter von. In: *Österreichisches Biographisches Lexikon 1815–1950 (ÖBL). Band 7, Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1978, S. 5*

Oberhummer, Hermann: *Die Wiener Polizei. 200 Jahre Sicherheit in Österreich, Band I. Wien 1938.*

Oberhummer, Hermann: *Die Wiener Polizei im Revolutionsjahr 1848. Selbstverlag des Verfassers, Wien 1928*

Sabitzer, Werner: *Lexikon der inneren Sicherheit. Neuer wissenschaftlicher Verlag, Wien/Graz, 2008.*

Gefahr für die Demokratie

In einer Stellungnahme warnt die *Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW)* vor Meinungsmanipulation und Polarisierung. Sie empfiehlt unter anderem einen „Ordnungsruf für Politik“.

Plattformen wie *TikTok*, *X*, *Instagram*, *Facebook* und Co. sind zum dominierenden Faktor in der Meinungsbildung geworden. Dass soziale Medien bewusst zur Manipulation von Meinungen genutzt werden und politisch motivierte Akteure das gezielt tun, ist spätestens seit dem Aufdecken des Datenskandals um *Facebook* und *Cambridge Analytica* im Jahr 2018 belegt.

In einer an die Politik gerichteten Stellungnahme legt die *Österreichische Akademie der Wissenschaften (ÖAW)* eine Bestandsaufnahme vor, in der sie die Potenziale und Probleme von sozialen Medien für die Demokratie analysiert und Empfehlungen für die Politik ableitet. Die Stellungnahme wurde bei einem *Dialogforum* in Kooperation mit dem Parlament am 26. Februar 2024 im Hohen Haus präsentiert.

Die Frage, ob soziale Medien eine Gefahr für unsere liberale Demokratie sind, beantworten die an der Stellungnahme beteiligten Wissenschaftler:innen eindeutig mit „Ja“ - und sie spre-



Forscherinnen und Forscher sehen die Rolle sozialer Medien kritisch

chen Empfehlungen an die Politik aus, wie einen „digitalen Ordnungsruf“ oder einen eigenen Ethikrat für politische Werbung in sozialen Medien.

Faktentreue in einer Nebenrolle.

Die Forscherinnen und Forscher, unter anderem Kommunikationswissen-

schaftler Dr. Matthias Karmasin, Rechtswissenschaftlerin Dr. Magdalena Pöschl und Technikfolgenforscher Dr. Stefan Strauß, verstehen unter sozialen Medien Online-Plattformen, deren Geschäftsmodell im Data-Mining besteht, also der automatischen Auswertung großer Datenmengen, sowie im Verkauf personalisierter Werbung. Die Algorithmen richten sich auf die Optimierung der Wirtschaftlichkeit dieser beiden Aspekte aus. Die Folge: Meinungsvielfalt und Faktentreue spielen eine Nebenrolle im Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Konsumentinnen und Konsumenten – und damit um wirtschaftliche Einnahmen.

Das sei auch deshalb problematisch, schreiben die Forscherinnen und Forscher, weil die sozialen Medien vor allem für jüngere Menschen zu einer wesentlichen Quelle von Nachrichten geworden sind. Für Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren sind sie die Hauptnachrichtenquelle.

Gleichzeitig zeigen Analysen des Nutzungsverhaltens, dass 22 Prozent der User posten, die anderen lesen mit.

Besonders häufig melden sich Vertreter der politischen extremen Ränder zu Wort. Deren vorrangig negative, emotionale und polarisierende Postings sorgen auf den Plattformen für Reichweite und Aufmerksamkeit. Das Fazit der Wissenschaftler: Der Diskurs in den sozialen Medien wird hochpolitisiert von nicht repräsentativen, aber lautstarken Minderheiten geführt.

Vertrauen in Politik. Für die Demokratie in Österreich hat das zunehmend negative Auswirkungen: Das Vertrauen in die Politik nimmt ab, Populismus und Polarisierung nehmen zu, schreiben die Forscherinnen und Forscher in ihrer Stellungnahme. Als Infrastruktur einer demokratischen Öffentlichkeit seien soziale Medien ungeeignet. Für Autokratien hingegen und für sich entwickelnde Demokratien gelte das nicht. Hier zeigen sich positive Auswirkungen der sozialen Medien in Form von mehr Teilhabe, Transparenz und Information.

Empfehlungen: Für die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger in Österreich leiten die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der ÖAW aus ihrer Stellungnahme sechs Empfehlungen ab. Sie sollen die demokratischen Grundprinzipien im Zusammenspiel mit sozialen Medien stärken. Im Sinne der „Wiener Thesen zur wissenschaftsbasierten Beratung von Politik und Gesellschaft“, die von der ÖAW und der deutschen *Leopoldina* 2023 verfasst worden sind, nimmt die Wissenschaft ihre Rolle als unabhängige Beratungsinstanz für Politik und Gesellschaft wahr und will Handlungsoptionen aufzeigen.

Verhaltenskodex: Abgeordnete zum Nationalrat sollten sich im Sinne ihrer Vorbildfunktion einen „Code of Conduct“ für das Verhalten in den sozialen Medien auferlegen. Dieser kann eine selbstregulierende Funktion haben und bei Missachtung einen „Digitalen Ordnungsruf“ nach sich ziehen.

WWW.ÖAW.AC.AT

ÖAW
ÖSTERREICHISCHE
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN



AKADEMIE IM DIALOG – FORSCHUNG UND GESELLSCHAFT | 6

SIND SOZIALE MEDIEN EINE GEFAHR FÜR UNSERE DEMOKRATIE?

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der ÖAW warnen vor einer Gefahr durch soziale Medien für die Demokratie in Österreich

Ethikrat: Parallel zum *Österreichischen Werberat*, der lediglich Rügen und Empfehlungen aussprechen kann, könnte ein Ethikrat für politische Werbung und Öffentlichkeitsarbeit in sozialen Medien dazu beitragen, grundlegende Standards einzuhalten.

Monitoring: Inhalte, Nutzungsverhalten und Reichweiten der politischen Kommunikation regelmäßig zu erheben, ermöglicht Transparenz und neue Handlungsableitungen.

Eine Reform der Medienförderung und Inseratenvergabe, könnte es Qualitätsmedien ermöglichen, wirkungsvoll als „Gatekeeper“ im öffentlichen Diskurs zu agieren.

Stärkung der demokratischen Kontrolle über digitale Plattformen: Über den „Digital Services Act“ (DSA) und den „Digital Markets Act“ (DMA) der

EU hinaus sollten Transparenzbestimmungen für die eingesetzten Algorithmen eingeführt werden. Soziale Medien in öffentlichem Eigentum sollten unterstützt werden. Sie sollten demokratischer Kontrolle unterliegen und freie, öffentliche Diskursräume begünstigen.

Stärkung von Medienkompetenz und demokratischer Bildung der Bevölkerung im Sinne eines lebenslangen Lernens.

Die Stellungnahme der ÖAW wurde von einer wissenschaftlichen Arbeitsgruppe aus unterschiedlichen Fachdisziplinen erstellt. Die Arbeitsgruppe besteht aus: Ivona Brandić, Matthias Karmasin, Magdalena Pöschl, Barbara Prainsack, Sonja Puntischer-Riekman, Michael Rössner, Stefan Strauß und ÖAW-Präsident Heinz Faßmann.

STILBLÜTEN

„Bombenstimmung nach Granatenspiel“

Dorstener Zeitung

„Ein Mord ist keine Tragödie ...“

Kriminalpolizei

„Männer, die rund zehn Stunden pro Woche Rad fahren, leiden um 22 Prozent seltener an Erektionsstörungen als jene, die nur zwei Stunden oder weniger fahren. Ähnliches gilt auch für Frauen.“

Kurier Freizeit Magazin

„Pilotprojekt ‚Lohn statt Arbeit‘ startet.“

kaernten.orf.at

„Terror: Kinder am Weg zu Oma“

Heute

„Polizei darf Aktivisten nicht nackt durchsuchen.“

wien.orf.at

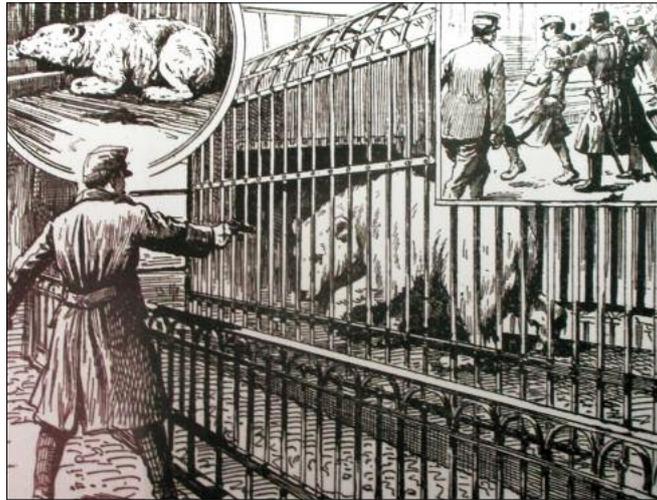
„Mordopfer flüchtete zu Nachbar.“

krone.at

„Hinter Gittern sieht die Freiheit anders aus“

LLZ

SCHLUSSLICHT



Schüsse im Zoo Schönbrunn am 19. Mai 1918

ATTENTAT IM WIENER TIERGARTEN

1918, im letzten Jahr des Ersten Weltkriegs hungerten viele Menschen in Wien. Im Tiergarten Schönbrunn hatte man große Schwierigkeiten, Nahrung aufzutreiben. Raubtiere brüllten vor Hunger und erhielten teilweise übelriechende Kadaver aus einer Wasenmeisterei. Tierpfleger schlachteten weniger wertvolle Tiere und verfütterten das Fleisch an die anderen.

Am 19. Mai 1918 kam es zu einer Verzweiflungstat eines Soldaten. Er schoss mit einer Pistole auf den letzten Eisbären. Bei der Festnahme begann der Soldat zu toben. Als Tatmotiv nannte er Frustration, weil der Eisbär jeden Tag zehn Kilo Fleisch bekommen hätte, während er hungern müsse. Tatsächlich hatte er Bär schon lange kein Fleisch mehr erhalten, sondern nur abgehackte Fischköpfe. Zu Kriegsende lebten im Zoo Schönbrunn weniger als die Hälfte der Tiere von 1914. Von den über 100 Raubtieren Ende Juni 1914 waren vier Jahre später nur mehr 30 vorhanden. Im Herbst 1921 starben die letzten Affen an verdorbenem Fleisch; es gab keine Giraffen und Antilopen mehr. Viele Spenden retteten den Tiergarten vor der Schließung. W. S.

ZITATE

„Vagabunden und Bettler, vorzüglich junge starke und ungestüme, sind bei Tag und Nacht, vorzüglich, wenn sie in abseitigen, und dunklen Gassen betreten werden, anzuhalten, damit sie nicht gelegentlich in Straßenräuber ausarten können ...“

„Instruktion für die Zivil-Polizeiwache“ der Polizei-Oberdirektion Wien (1791)

„Endlich haben wir bereits in unserem Blatte die Bemerkung ausgesprochen, dass der Polizeidienst die gediegedsten und gebildetsten Männer erheischt und diese dürften sich schwerlich bei dem mühe- und gefährvollen Dienste dem Staate um ein paar hundert Gulden verdingen.“

Anton Ritter von Le Monnier, Polizeipräsident in Wien von 1870 bis 1873

„Mit Entzücken möchte ich manchmal alle Schelme umarmen, wenn man diejenigen betrachtet, welche die Welt rechtschaffen nennt.“

Ernst Freiherr von Feuchtersleben, Arzt und Schriftsteller (1806–1849)

IMPRESSUM Herausgeber: Landespolizeidirektion Wien, 1010 Wien, Schottenring 7-9, vertreten durch Dr. Gerhard Pürstl, Mag. Franz Eigner, Dr. Michael Lepuschitz, MA. **Herausgebervertreter:** Mag. Rudolf Haas, BA, Wolfgang Krammer, MA, Werner Matjazic, MA, Stefan Muzik, BA, Mag. Manfred Reinthaler, MA, Mag. Klaus Schachner, MA, Dr. Thomas Schindler, Harald Trottmann, BA MA, Xenia Zauner, MA. **Chefredakteur:** Dr. Gerhard Brenner. **Redaktionsanschrift:** 1010 Wien, Schottenring 7-9, Tel. (01) 31 310-76002, polizei.redaktion@aon.at. **Redaktion:** Prof. Ferdinand Germadnik, MSc, Mag. Michaela Jana Löff, Maria Rennhofer-Elbe, BA, Werner Sabitzer, MSc, Mag. Rosemarie Pexa. **Weitere Autoren:** Seelsorger Daniel Smeritschnig, Dr. Angelika Schäffer-Fischill; **Bilder:** Gilbert Brandl, Thomas Cerny, Bernhard Elbe, Dietmar Gerhartl-Siuzinger, Prof. Ferdinand Germadnik, Werner Sabitzer. **Medieninhaber (Verleger) und Hersteller:** Wilhelm Bzoch GmbH., Wiesackstraße 40, 8962 Gröbming, Tel. 02246 4634, 0660/213 14 85, E-Mail: prepress@dieverleger.at. **Anzeigenleitung:** Johann Köchelhuber, Tel. (0664) 462 71 34. **Herstellungsort und Verlagspostamt:** Gröbming. **Grundlegende Richtung:** Informationsmedium für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizeidirektion Wien und die am Thema Sicherheit interessierten Bürger. Kommentare und namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder. Um einen ungestörten Lesefluss zu erhalten, wird grundsätzlich die männliche Form verwendet und damit auch weibliche Bedeutungen mit umfasst. Der Nachdruck von Inseraten ist nicht gestattet; der vollständige oder teilweise Nachdruck von redaktionellen Beiträgen nur mit Zustimmung der Redaktion.